

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt D1

3.1.1 Titel:

**Erfolgsbedingungen transnationaler *Public Private Partnerships*
in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales¹**

3.1.2 Fachgebiete und Arbeitsrichtung:

Politikwissenschaft/Inter- und Transnationale Beziehungen

3.1.3 Leiter/in:

Prof. Dr. Thomas Risse
geb. 17.12.1955

Dr. Marianne Beisheim
geb. 16.04.1968

Freie Universität Berlin

Freie Universität Berlin

Arbeitsstelle Transatlantische

Arbeitsstelle Transatlantische

Außen- und Sicherheitspolitik

Außen- und Sicherheitspolitik

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Ihnestr. 22, 14195 Berlin

Ihnestr. 22, 14195 Berlin

Tel.: +49-(0)30-838 55527

Tel.: +49-(0)30-838 55054

Fax: +49-(0)30-838 54160

Fax: +49-(0)30-838 54160

risse@zedat.fu-berlin.de

mbeisheim@gmx.de

Im Leitungsteam weiterhin Dr. Andrea Liese und Dr. Cornelia Ulbert

3.2 Zusammenfassung

3.2.1. Kurzfassung

Das Teilprojekt untersucht die Bedingungen für die Institutionalisierung und den Erfolg transnationaler *Public Private Partnerships* (PPP) zur Herstellung von Gemeinschaftsgütern in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales, und zwar insbesondere in schwachen Staaten unterschiedlicher Entwicklungs- und Transformationsgesellschaften. Unsere Arbeitshypothesen übernehmen wir aus Theorien der Internationalen Beziehungen rationalistischer und konstruktivistischer Provenienz. Langfristig soll der Beitrag der untersuchten PPP zur Erhöhung der Problemlösungsfähigkeit und der Legitimität von *Global Governance* bewertet werden.

3.2.2 Langfassung

Das Teilprojekt untersucht Institutionalierungsgrad und Erfolgsbedingungen transnationaler öffentlich-privater Kooperationspartnerschaften zur Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern in

¹ Dieser Antrag kann zitiert werden als: Beisheim, Marianne/ Liese, Andrea/ Risse, Thomas/ Ulbert, Cornelia (2005) Erfolgsbedingungen transnationaler Public Private Partnerships in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales: Antrag zum Projekt D1 im Sonderforschungsbereich 700 "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit", Berlin: Freie Universität Berlin. Verfügbar unter: http://www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_d/d1/SFB700_d1.pdf

Ländern begrenzter Staatlichkeit, wobei wir uns auf solche transnationalen Partnerschaften konzentrieren, die Projekte in Entwicklungs- und Transformationsgesellschaften durchführen. Die Zahl solcher *Public Private Partnerships* (PPP) hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, u.a. weil die Einbeziehung privater Akteure vielfach als entscheidend für die Problemlösungsfähigkeit und für die Legitimität von *Global Governance* angesehen wird. Ob diese optimistischen Annahmen zutreffen, darüber wissen wir noch sehr wenig, vor allem, weil vergleichende Studien fehlen. Dieses Teilprojekt soll zur Schließung dieser Forschungslücke beitragen. Empirisch konzentrieren wir uns auf PPP, die zur Verwirklichung der *Millennium Development Goals* beitragen sollen, auf die sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen geeinigt haben. Wir untersuchen PPP in den Bereichen nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Ernährung und Sozialrechte. Unsere Arbeitshypothesen übernehmen wir aus institutionalistischen Theorien der Internationalen Beziehungen rationalistischer und konstruktivistischer Provenienz. Im Einzelnen erforschen wir,

- (1) welche PPP welchen *Institutionalisierungsgrad* aufweisen, d.h. wie gehaltvoll und präzise die vereinbarten Normen sind, welche Handlungsaufgaben festgelegt wurden, und wie dies zu erklären ist;
- (2) ob diese neuen Kooperationsformen *erfolgreich* sind, d.h. ob die Beteiligten die im Rahmen der PPP vereinbarten Regeln einhalten und ob die untersuchten PPP ihre selbstgesteckten Ziele erreichen, und wie dies zu erklären ist.

Insbesondere vermuten wir, dass der Institutionalierungsgrad einerseits und das Prozessmanagement der PPP andererseits zu den entscheidenden Erfolgsbedingungen gehören und zu Veränderungen der Ziele sowie der inter- und intra-organisatorischen Strukturen und Prozesse der an der PPP beteiligten Akteure führen.

3.3 Ausgangssituation des Teilprojekts

3.3.1 Stand der Forschung

In den letzten Jahren hat die Zahl der transnationalen öffentlich-privaten Kooperationspartnerschaften in den Politikbereichen Entwicklung, Umwelt und Menschenrechte sprunghaft zugenommen. Die vor allem normativ geprägte Debatte um *Global Governance* erhofft sich davon eine erhebliche Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit und der Legitimität globalen Regierens, vor allem auch im Vergleich zu traditionellen zwischenstaatlichen Regimen. Ob diese optimistischen Erwartungen zutreffen und unter welchen Bedingungen, darüber wissen wir nach wie vor wenig. In der Literatur dominieren Einzelfallstudien, die sich zudem häufig auf „Erfolgsgänge“ von PPP konzentrieren. Unser Teilprojekt versucht, durch systematisch angelegte vergleichende Fallstudien diese Forschungslücke schließen zu helfen.

Dabei sind für uns insbesondere vier Forschungsstränge relevant, aus denen wir Konzepte und Hypothesen ableiten und deren Blind- und Schwachstellen wir verkleinern wollen:

(1) Literatur zu öffentlich-privaten Partnerschaften

Diese Literatur bietet eine Fülle an Kategorisierungen und Beschreibungen bestehender öffentlich-privater Partnerschaften, die zur Fallauswahl herangezogen werden kann (Tesner 2001, WHO 1999). Wie im Rahmenantrag formuliert, verstehen wir unter transnationalen PPP grenzüberschreitende, dauerhafte und kooperative Beziehungen zwischen staatlichen (Regierungen und internationale Organisationen) und nicht-staatlichen Akteuren (Wirtschaftsunternehmen und -Verbände einerseits, gemeinwohlorientierte Nicht-Regierungsorganisationen andererseits), die Normen und Regeln mit bindendem Charakter für die Mitglieder festsetzen oder implementieren bzw. Gemeinschaftsgüter bereitstellen (Linder und Rosenau 2000: 5; vgl. auch die im Rahmenantrag genannte Literatur sowie Börzel und Risse 2005 i.E.). Realpolitisch interessant sind für das Projekt v.a. die Aktivitäten der Vereinten Nationen, die PPP v.a. zur Umsetzung der Agenda 21 sowie der *Millennium Development Goals* (MDGs)² des Johannesburger Gipfels für nachhaltige Entwicklung aktivieren wollen. Im Kontext dieser Aktivitäten entstanden verschiedene Studien, die nicht nur die überragende Bedeutung solcher PPP für die Verwirklichung dieser zentralen Ziele der Weltgemeinschaft herausstellen, sondern die auch konkrete Kriterien und Leitlinien für transnationale PPP zu erarbeiten versuchen (z.B. die sog. „Bali Guiding Principles“ oder die „CSD 11 Decision on Partnerships“).³ Diese Literatur ist jedoch bisher noch kaum über die Ebene konzeptioneller Überlegungen hinausgekommen. Studien benennen meist Chancen und Probleme von PPP, ohne jedoch ihre Wirkungen (und ihre Entstehungsbedingungen) eingehender empirisch zu untersuchen (Hamm 2002, Richter 2003). Darüber hinaus existieren eine Anzahl von Einzelfallstudien, die bestimmte PPP wie etwa die *World Commission on Dams* oder den von der UN initiierten *Global Compact* erforschen (zur *World Commission on Dams* vgl. Khagram 2004; Dingwerth 2003, zum *Global Compact* siehe u.a. Ruggie 2002; Rieth und Zimmer 2004; Kell und Ruggie 1999; McIntosh 2003; Brühl u.a. 2004). Nur am Rande interessant ist für dieses Teilprojekt die rein wirtschaftswissenschaftliche Literatur, die PPP vorwiegend als eine Form der Privatisierung öffentlicher Betriebe diskutiert und sich v.a. auf Fragen der Nutzung von PPP-Modellen als Investitions- und Finanzierungsmöglichkeit auf kommunaler Ebene konzentriert (Ziekow 2003; Libbe u.a. 2002).

Zusammengefasst ergibt sich, dass die zunehmende PPP-Literatur eine Fülle wertvoller Typologierungsversuche und Annahmen zu den Erfolgchancen von PPP enthält. Systematisch vergleichende Fallstudien zu den Institutionalisierungs- und Erfolgsbedingungen von transnationalen PPP stehen aber bislang aus.

² Die acht Millenniums-Entwicklungsziele lauten: 1. Extreme Armut und Hunger beseitigen, 2. Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten, 3. Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern, 4. die Kindersterblichkeit senken, 5. die Gesundheit der Mütter verbessern, 6. HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen, 7. eine nachhaltige Umwelt gewährleisten, 8. eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen.

³ Vgl. http://www.un.org/esa/sustdev/partnerships/guiding_principles7june2002.pdf und http://www.un.org/esa/sustdev/partnerships/csd11_partnerships_decision.htm.

(2) Ausweitung des Akteursspektrums in der internationalen Politik

In diesem Zusammenhang ist auch die Debatte über die Ausweitung des Akteursspektrums in der internationalen Politik relevant, die diskutiert, wodurch sich „agency“ konstituiert, wer folglich als „Akteur“ zu gelten habe und aufgrund welcher Merkmale und Ressourcen Akteure an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden (vgl. hierzu etwa Kiser 1999, Meyer und Jepperson 2000). Neuere Studien verweisen auf die Bedeutung internationaler Organisationen und nicht-staatlicher Akteure, wenn es darum geht, die Erfolgsaussichten von PPP zu verbessern, mithin zu gewährleisten, dass die mit einer Regel intendierten Ziele auch erreicht werden (vgl. z.B. Kaul u.a. 1999, Reinicke 1998, Reinicke und Deng 2000). In diesem Zusammenhang sind Forschungsergebnisse relevant, die einen Rollenwandel von internationalen Organisationen (Barnett und Finnemore 1999, 2004; Moravcsik 1999) und nicht-staatlichen Akteuren (Cutler u.a. 1999; Cutler 2003; Hall und Biersteker 2002; Ronit und Schneider 1999) beschreiben, der diese zu Akteuren werden lässt, die auf Politikfindung und Implementierung gestaltend Einfluss nehmen. Auch die vielfältigen Untersuchungen zur Rolle transnationaler Netzwerke und internationaler Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) sind hier zu nennen (vgl. z.B. Keck und Sikkink 1998, Smith u.a. 1997, Boli und Thomas 1999, Khagram u.a. 2002; Überblick bei Nölke 2003, Risse 2002b). Diese Literatur konzentriert sich insbesondere auf die Analyse des Wandels inter- und intra-organisatorischer Strukturen und Prozesse, die es den jeweiligen Akteuren ermöglichen, sich auf die mit der Globalisierung zusammenhängenden Herausforderungen einzustellen. Barnett und Finnemore beschreiben darüber hinaus die Pathologien und innerbürokratischen Blockaden, die solche Anpassungsprozesse bei internationalen Organisationen gerade verhindern (Barnett 2004). Mit Blick auf die an transnationalen PPP beteiligten (multinationalen) Unternehmen ist die wachsende Literatur zur Wirtschafts- und Unternehmensethik bzw. zur gesellschaftlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility*, CSR) zu erwähnen (u.a. Campell und Miller 2004; Leisinger 1997; Ougaard und Higott 2002; Fox u.a. 2002; Holmes und Watts 2000). Hier geht es sowohl um soziales oder ökologisches Engagement von Firmen (*Corporate Citizenship*) und um die Festlegung entsprechender inhaltlicher Normen, z.B. in Form von Verhaltenskodices, sowie die Herstellung von Transparenz und Überprüfbarkeit unternehmerischen Verhaltens (*Corporate Social Accountability*).

Aus dieser Literatur gewinnen wir wichtige Impulse für die Untersuchung des Prozess-Managements der PPP und für die sich daraus ergebenden Veränderungen inter- wie intra-organisatorischer Beziehungen, Prozesse und Strukturen. Allerdings ist diese Literatur oft aus der Management-Perspektive geschrieben und konzentriert sich auf Vorschläge zur Reform unternehmensinterner Abläufe – sie vernachlässigt jedoch bislang die Analyse der Erfolgsbedingungen solcher neuen Unternehmenspraktiken.

(3) Studien zur Regeleinhaltung (*compliance*)

Für unser Forschungsvorhaben von großer Bedeutung sind Studien zur Regeleinhaltung (*compliance*) in den internationalen Beziehungen. Diese Literatur hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen und ist dabei, diejenigen Faktoren zu identifizieren, die die Befolgung internationaler Regeln vor Ort befördern bzw. behindern (vgl. Überblick in Raustiala und Slaughter 2002; Börzel und Risse 2002; siehe auch 3.3.2). Drei theoretische Ansätze können hier unterschieden werden (vgl. Börzel 2003). *Enforcement*-Ansätze gehen davon aus, dass Akteure u.U. bewusst Regeln verletzen und betonen daher Überwachungsmaßnahmen und Sanktionen, um die Kosten der Regelverletzung zu vergrößern. *Management*-Ansätze sehen fehlende (staatliche) Kapazitäten als das Hauptproblem von *compliance* an, was zur ungewollten Regelverletzung führt. *Konstruktivistisch* inspirierte Autoren betonen schließlich die Bedeutung von Sozialisationsprozessen in den internationalen Beziehungen. Regeleinhaltung wird hier als das Ergebnis komplexer Norminternalisierungsprozesse angesehen, wobei hier insbesondere „weiche Steuerung“ über Lern- und Überzeugungsvorgänge betont wird (vgl. z.B. Checkel 2001, i.E.; Schimmelfennig 2003). Zusammengefasst geht es der *compliance*-Forschung um das konkrete Mischungsverhältnis zwischen einzelnen Mechanismen wie Zwang, Anreizstrukturen, Lernen, Normanerkennung und diskursiven Überzeugungsprozessen, das die Aussichten auf eine effektive Regelbefolgung erhöhen könnte (vgl. etwa Brown Weiss und Jacobson 1998, Miles u.a. 2002, Victor u.a. 1998, Young 1999).

Bisher konzentrierte sich die *compliance*-Literatur auf die innerstaatliche Einhaltung internationaler Regeln, die in zwischenstaatlichen Regime institutionalisiert sind, öffentlich-private Kooperationspartnerschaften wurden bislang kaum untersucht. Hier setzt unser Teilprojekt an und versucht, die Hypothesen der *compliance*-Literatur auf transnationale PPP anzuwenden.

(4) Institutionalistische Theorieansätze in den Internationalen Beziehungen

Neben *compliance*-Ansätzen bilden schließlich die verschiedenen institutionalistischen Theorieansätze in den Internationalen Beziehungen den Ausgangspunkt unserer Hypothesenbildung (Überblick z.B. in Martin und Simmons 1998, 2002; Hasenclever u.a. 1997; Sprinz 2003; Risse 2002a). Diese Literatur betont drei soziale Mechanismen, aufgrund derer Akteure zur Kooperation, Regelbefolgung und Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern bereit sind, nämlich *Zwang*, *Eigeninteresse* und der Glaube an die Gültigkeit bzw. *Legitimität* einer Norm (siehe auch Hurd 1999). Diesen Mechanismen können jedenfalls unterschiedliche kooperationstheoretische Ansätze zugeordnet werden. So konzentrieren sich realistische Theorien (z.B. Theorie hegemonialer Stabilität, vgl. dazu Snidal 1985) auf die Rolle von Macht und Hegemonie bei der Herstellung von sozialer Ordnung, wohingegen der neoliberale bzw. rationalistische Institutionalismus (vgl. z.B. Krasner 1983; Keohane 1989) egoistische Eigeninteressen an der Kooperation thematisiert. Für unsere Erkenntnisinteressen von besonderer Bedeutung sind hier situationsstrukturelle Ansätze (vgl. insbesondere Stein 1983, Martin 1992, Zürn 1992) sowie die Untersuchungen zur Legalisierung internationaler Politik (Goldstein u.a. 2000, Abbott u.a. 2000, List und Zangl 2003). Konstruktivistische bzw. soziologisch-institutionalistische Ansätze fokussieren schließlich auf die „Logik der Angemessenheit“ und den Legitimitätsglauben (vgl. z. B. March und Olsen 1998; Risse 2002a).

Obwohl diese Ansätze ursprünglich zur Erklärung zwischenstaatlicher Kooperationsformen (internationale Regime, vgl. Hasenclever u.a. 1997; Rittberger 1993) formuliert wurden, versuchen wir sie im Folgenden auf transnationale Kooperationspartnerschaften zu übertragen, an denen nicht-staatliche Akteure beteiligt sind (ähnlich Haufler 1999; Rieth und Zimmer 2004). Diese Übertragung soll uns einen heuristischen Zugang zu einem Forschungsfeld eröffnen, über das wir wenig empirisch wissen. Theoretisch angemessen erscheint uns die Anwendung von institutionalistischen Theorien der Internationalen Beziehungen (IB) auf PPP aus zwei Gründen. Erstens fokussieren diese Theorien auf die gleiche abhängige Variable wie unser Projekt, nämlich die Erfolgsbedingungen und die Effektivität von (inter- und transnationaler) Kooperation. Zweitens theoretisieren diese Ansätze Kooperation „unter Anarchiebedingungen“ (Oye 1986), d.h. in Abwesenheit einer Zentralgewalt, die autoritativ Entscheidungen durchsetzen und *compliance* erzwingen kann. Auch diese Voraussetzung ist bei transnationalen PPP bzw. partiell auch in den von uns untersuchten Räumen begrenzter Staatlichkeit gegeben.

3.3.2 Eigene Vorarbeiten

Die bisherigen Forschungsschwerpunkte der im Projektleitungsteam zusammen arbeitenden Wissenschaftler/innen decken die für das Projekt grundlegenden Bereiche *Global Governance*, Theorien internationaler Kooperation und nichtstaatliche Akteure ab:

Risse hat sich seit mehr als zehn Jahren systematisch mit der Rolle nicht-staatlicher (transnationaler) Akteure in der internationalen Politik befasst (Risse-Kappen 1994, 1995, Risse 2002b). Dabei stand bisher allerdings die Erforschung des Einflusses transnationaler Akteure auf staatliches Handeln – sei es in der Außenpolitik, sei es bei der Umsetzung internationaler Normen – im Mittelpunkt. Insbesondere das von *Risse* und *Sikkink* entwickelte Spiralmodell der innerstaatlichen Umsetzung internationaler Menschenrechtsnormen wird im Zusammenhang unseres Teilprojekts auf seine Anwendbarkeit auf PPP und die Normeinhaltung privater Akteure überprüft (Risse u.a. 2002, Risse u.a. 1999). In jüngster Zeit hat *Risse* darüber hinaus eine Reihe konzeptueller Beiträge zur Diskussion um *Global Governance* beigesteuert, die für unser Vorhaben von Interesse sind (Risse 2004, i.E.; Börzel und Risse i.E.). Darüber hinaus versucht *Risse* seit mehr als zehn Jahren zur Entwicklung eines empirisch tragfähigen konstruktivistischen Forschungsprogramms in den Internationalen Beziehungen beizutragen (vgl. z.B. Risse 1999a, 2002a, 2003a, b). Zusammen mit Harald Müller (Müller 1994) hat er sich dabei vor allem darauf konzentriert, die Habermassche Theorie kommunikativen Handelns für die Analyse internationaler Verhandlungsprozesse fruchtbar zu machen (Risse 1999b, 2000).

Beisheim arbeitet seit Jahren zur Frage des Beitrags von nichtstaatlichen Akteuren zu *Global Governance* und der Legitimität solcher Aktivitäten (Beisheim 2000b, 2004a). Sowohl im Rahmen eines DFG-Projekts an der Universität Bremen (Projektleitung: Prof. Dr. Michael Zürn) wie auch im Zusammenhang ihrer Arbeit für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ arbeitet sie seit rund 10 Jahren zu den Themen Globalisierung und *Global Governance* (Beisheim 1999, 2000a, 2003, 2005c). In diesem Zusammenhang hat sie sich auch mit verschiedenen neuen Formen des Regierens beschäftigt (Beisheim 2004b). Zuletzt koordinierte sie eine Publikation zur *Governance* von Privatisierungsprozessen, die als Bericht an den Club of Rome erschienen ist („Limits to Privatization“, herausgegeben von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Oran R. Young und Matthias Finger). Hierin wurden PPP als eine Form der öffentlich-privaten Leistungserbringung evaluiert (Beisheim 2005a, 2005b).

Risse und *Ulbert* haben multilaterale – zwischenstaatliche – Verhandlungssysteme auf die Rolle kommunikativer Lern- und Überzeugungsprozesse hin untersucht (Risse 1999b, 2000; Ulbert und Risse 2001; Ulbert u.a. 2004), wobei *Ulbert* insbesondere die Rolle von Wissensunternehmern beleuchtet hat (Ulbert 2005). *Liese* hat sich mit der Beteiligung nichtstaatlicher Akteure an internationaler Steuerung, vor allem im Politikfeld Menschenrechte befasst (z.B. Liese 1998; Brühl/Liese 2004) und den Wandel internationaler Organisationen aus der Perspektive organisatorischen Lernens untersucht (Senghaas-Knobloch u. a. 2003).

3.3.3 Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten

I. Referierte Veröffentlichungen

a) in wissenschaftlichen Zeitschriften

- Beisheim, Marianne (mit Sabine Dreher, Gregor Walter und Michael Zürn) 2000a: Postnationale Politik? Über den politischen Umgang mit den Denationalisierungs-Herausforderungen Internet, Klimawandel und Migration, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7:2, 297-329.
- 2000b: „Wie hältst Du’s mit der Globalisierung?“ als Gretchenfrage der Zukunft sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/2000: 83-86.
- Risse, Thomas 2004: Global Governance and Communicative Action, in: Government and Opposition 39: 2, 288-313.
- 2000: „Let’s Argue!“: Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54: 1, 1-39.
- 1999b: International Norms and Domestic Change: Arguing and Communicative Behavior in the Human Rights Area, in: Politics & Society 27: 4, 529-559.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: Ideas Do not Float Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War, in: International Organization 48: 2, 185-214.
- Ulbert, Cornelia und Thomas Risse 2005: Deliberately Changing the Discourse: What Does Make Arguing Effective?, in: Acta Politica i.E.

b) auf wesentlichen Fachkongressen

c) in monographischen Reihen

- Beisheim, Marianne 2005c i.E.: Politics from Above or Below? In: Zürn, Michael und Gregor Walter (Hrsg.): Globalizing Interests. Pressure Groups and Denationalization, New York.
- (mit Sabine Dreher, Gregor Walter, Bernhard Zangl, und Michael Zürn) 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden.
- Risse, Thomas 2003a: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen - Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 99-132.
- 2003b: Social Constructivism and European Integration, in: Thomas Diez und Antje Wiener (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford.
- 2002a: Constructivism and International Institutions: Toward Conversations Across Paradigms, in: Helen V. Milner (Hrsg.): Political Science: The State of the Discipline, New York, 597-623.
- 2002b: Transnational Actors and World Politics, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth Simmons (Hrsg.): Handbook of International Relations, London et al., 255-274.
- (mit Anja Jetschke und Hans-Peter Schmitz) 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden.
- (mit Stephen C. Ropp und Kathryn Sikkink, Hrsg.) 1999: The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge.
- Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.) 1995: Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge.

II. Nicht referierte Veröffentlichungen

d) in wissenschaftlichen Zeitschriften

- Liese, Andrea 1998: Menschenrechtsschutz durch Nichtregierungsorganisationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: B 46-47, 32-42.

e) auf wesentlichen Fachkongressen

- Ulbert, Cornelia und Thomas Risse 2001: Arguing and Persuasion in Multilateral Negotiations: Theoretical Approach and Research Design, Paper Presented at the 4th Pan European International Relations Conference, University of Kent, Canterbury, Sept. 7 - 10, 2001.

f) in monographischen Reihen

- Beisheim, Marianne 2005a: Private Governance: Private Rules for Privatization? In: Weizsäcker, Ernst Ulrich von; Oran R Young, Matthias Finger und Marianne Beisheim (Hrsg.): Limits to Privatization. How to Avoid to Much of a Good Thing. Bericht an den Club of Rome. London: Earthscan, 328-333.
- 2005b (mit Ernst Ulrich von Weizsäcker, Oran R. Young und Matthias Finger): Conclusion. Lessons Learned from Privatization. In: Ibid, 351-362.
- 2004a: Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppen als Demokratisierungspotential - am Beispiel Klimapolitik, Opladen.
- 2004b: Freiwillige Selbstverpflichtungen und Verhaltenskodizes zur Gestaltung von Globalisierung – Ausweg oder Irrweg? In: Bass, Hans H. und Steffen Melchers (Hrsg.): Neue Instrumente zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. Codes of Conduct, Sozialklauseln, ethisches Investment, Münster/London/New York, 172-182.
- (mit Achim Brunnengräber) 2003: Zauberkraft "Global Governance"? Eine diskursanalytische Annäherung. In: Fues, Thomas und Jochen Hippler (Hrsg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft, Bonn, 112-136.
- Liese, Andrea (mit Tanja Brühl) 2004: Grenzen der Partnerschaft. Zur Beteiligung privater Akteure an internationaler Steuerung, in: Albert, Mathias, Bernhard Moltmann und Bruno Schoch (Hrsg.): Die Entgrenzung der Politik. Internationale Beziehungen und Friedensforschung, Frankfurt am Main, 162-190.
- (mit Eva Senghaas-Knobloch und Jan Dirks) 2003: Internationale Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung. Politisch-organisatorisches Lernen in der Internationalen Arbeitsorganisation, Münster.
- Risse, Thomas 2005 i.E: Transnational Governance and Legitimacy, in: Arthur Benz und Ioannis Papadopoulos (Hrsg.): Transnational Governance, London.
- 1999a: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive - Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst-Otto Czempel, Baden-Baden, 33-57.
- Ulbert, Cornelia 2005 i.E.: „Wissensunternehmer“ und Argumentationsprozesse bei der Formulierung der ILO-Konvention zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit, in: Ulbert, Cornelia, Christoph Weller (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ulbert, Cornelia und Thomas Risse (mit Harald Müller) 2004: Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations. Final Report to the Volkswagen Foundation, Berlin/Frankfurt a.M.: FU Berlin - HSFK.

3.4 Planung des Teilprojekts

3.4.1 Forschungsziele und Leitfragen

Das Teilprojekt untersucht die Bedingungen für die *Institutionalisierung* und den *Erfolg* von transnationalen öffentlich-privaten Kooperationsprojekten (PPP) zur Herstellung von Gemeinschaftsgütern in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Die im Teilprojekt untersuchten transnationalen PPP sind grenzüberschreitende Politikpartnerschaften, die Normen und Regeln mit bindendem Charakter für ihre Mitglieder festsetzen oder implementieren und damit Gemeinschaftsgüter bereitstellen. An ihnen sind Staaten, internationale Organisationen (IOs), (multinationale) Unternehmen und/oder Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) beteiligt.⁴ Inhaltlich konzentrieren wir uns auf transnationale PPP mit dem Ziel der Verwirklichung der bereits genannten *Millennium Development Goals* (MDGs) der Vereinten Nationen in den Bereichen nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Ernährung und Sozialrechte. Bei den *Millennium Development Goals* handelt es sich um zentrale Entwicklungsziele zu Beginn des 21. Jahrhunderts, zu denen sich die Staatengemeinschaft einvernehmlich verpflichtet hat. Die von uns in den Blick

genommenen PPP versuchen, Elemente der *Millennium Development Goals* in Räumen begrenzter Staatlichkeit umzusetzen, insbesondere in „schwachen Staaten“, also solchen Entwicklungs- und Transformationsgesellschaften, denen die Fähigkeiten und administrativen Kapazitäten zur Durchsetzung politischer Entscheidungen fehlen (vgl. zur Begrifflichkeit den Rahmenantrag).

Die von uns untersuchten Politikfelder zeichnen sich dadurch aus, dass die Durchsetzung internationaler Normen und Standards sowie die Bereitstellung der entsprechenden Gemeinschaftsgüter auf die Kooperation privater, zumeist wirtschaftlicher, Akteure angewiesen ist. Erstens sind in erster Linie private Akteure die Adressaten der internationalen Normen und Regeln. Zweitens sind die staatlichen Akteure in den von uns untersuchten Ländern häufig nicht in der Lage, die entsprechenden Gemeinschaftsgüter bereitzustellen, sondern sie sind auf die Kooperation mit internationalen und transnationalen Akteuren angewiesen. Beides führt dazu, dass PPP zum neuen Hoffnungsträger mit Blick auf die Umsetzung der *Millennium Development Goals* wurden. Unsere Fragestellung gliedert sich in zwei Teile:

(1) *Institutionalisierungsgrad* von PPP

Wie sind die PPP institutionell verfasst, und wie ist der unterschiedliche Grad der Institutionalisierung verschiedener transnationaler Kooperationspartnerschaften zu erklären? Auf welche Problemlagen reagieren PPP dabei jeweils?

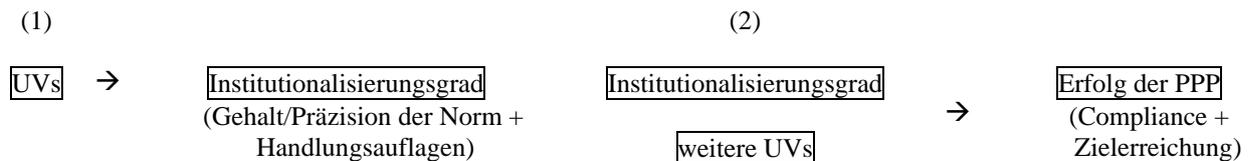
(2) *Erfolgsbedingungen* von PPP

Unter welchen Bedingungen halten sich die Akteure an die im Rahmen der PPP vereinbarten Regeln und erreichen die PPP ihre selbstgesetzten Ziele? In welcher Weise hängt der Institutionalisierungsgrad der PPP mit ihrer Zielerreichung zusammen? Welche Rolle spielen darüber hinaus Problemlage, Design und Prozess-Management der PPP? Wie verändern sich im Verlauf der PPP verschiedene Akteursmerkmale der Beteiligten (Strategien, Entscheidungsstrukturen)? Wie unterscheiden sich hinsichtlich der Erfolgsbedingungen PPP, die primär materielle Ressourcen austauschen bzw. zur Verfügung stellen, von denjenigen, die sich in erster Linie auf ideelle Ressourcen (Wissen, Normen etc.) konzentrieren?

Diese Zweiteilung bedeutet, dass im ersten Teil des Projekts der Institutionalisierungsgrad zunächst abhängige Variable ist und im zweiten Teil zu einer der unabhängigen Variablen (UV) wird (siehe Abb.1).

⁴ Dies bedeutet, dass im Teilprojekt zunächst nicht rein nationale oder bilaterale PPP untersucht werden, wie z.B. die PPP-Aktivitäten deutscher Entwicklungsorganisationen.

Abb. 1: Forschungsdesign



Unsere Arbeitshypothesen gewinnen wir v.a. aus den institutionalistischen Theorien der Internationalen Beziehungen und der *compliance*-Literatur. In der ersten Phase des SFB haben diese Annahmen vor allem den heuristischen Zweck, den Blick auf mögliche Kausalzusammenhänge und -mechanismen bei der Untersuchung des Institutionalierungsgrades und der Erfolgsbedingungen von PPP zu lenken. Die im Folgenden formulierten Arbeitshypothesen schließen sich nur teilweise gegenseitig aus. Angesichts des oben diagnostizierten Mangels an gesichertem empirischen Wissen über unser Forschungsfeld sind wir aber zur Zeit nicht in der Lage, ein komplexes kausales Modell zu den Wirkungsmechanismen transnationaler PPP zu formulieren. Ein solches Modell soll in Vorbereitung der zweiten Phase des SFB auf Grundlage der bis dahin erzielten Forschungsergebnisse entwickelt werden.

(ad 1) Arbeitshypothesen zum Institutionalierungsgrad von PPP

Zunächst bewerten wir die ausgewählten transnationalen PPP hinsichtlich des Grads ihrer Institutionalisierung und konzentrieren uns darauf, die vorhandene Varianz zu erklären. Mit „Grad der Institutionalisierung“ ist in Anlehnung an die aus der Literatur zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen stammende Legalisierungshypothese (Goldstein u.a. 2000, List und Zangl 2003) zum einen der *Gehalt und die Präzision der Normen* gemeint, deren Umsetzung sich die PPP zum Ziel gesetzt hat, zum anderen das *Ausmaß der Verpflichtung und der Handlungsaufgaben*, denen sich die Akteure unterwerfen (vgl. 3.4.2). Dieser Begriff von Institutionalisierung ist hier zunächst bewusst eng gefasst, um ihn empirisch handhabbar zu machen.⁵

Im ersten Teil des Projektes bildet der so verstandene Institutionalierungsgrad die abhängige Variable. Wir untersuchen, wie Unterschiede in der Institutionalisierung von transnationalen Kooperationspartnerschaften zu erklären sind.⁶

Um Unterschiede im Institutionalierungsgrad von transnationalen PPP erklären zu können, lassen sich Arbeitshypothesen formulieren, die auf drei soziale Mechanismen zurückgehen und von den Kooperationstheorien der Internationalen Beziehungen identifiziert wurden: Zwang, Eigeninteresse und Legitimitätsglaube.

⁵ Zu einem breiteren Konzept von Institutionalisierung vgl. z.B. Göhler 1997.

⁶ Es wäre auch interessant, die *Entstehungsbedingungen* transnationaler PPP zu analysieren. Aus methodischen Gründen erscheint uns dies jedoch als zu schwierig, denn dazu müssten wir in der Lage sein, Fälle von zustande gekommenen PPP mit solchen vergleichen zu können, in denen trotz ähnlicher Kooperationsprobleme keine transnationalen PPP entstanden sind. Für eine systematische Analyse der allgemeinen Entstehungsbedingungen müssten wir also das Universum potentiell möglicher PPP erfassen können, was empirisch nicht handhabbar ist.

Zwang

Was die Bedeutung von *materieller Macht und Hegemonie* angeht, so könnte man argumentieren, öffentlich-private Kooperationen seien auf den „Schatten der Hierarchie“ angewiesen. D.h. sie institutionalisieren sich umso stärker, je mehr mächtige Staaten und/oder für das Politikfeld bedeutsame internationale Organisationen die politische Führung in der Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren übernehmen und notfalls Kooperation dadurch erzwingen, dass sie mit unilateralen bzw. rein zwischenstaatlichen Regelungen drohen oder die Gewährung finanzieller Hilfen bzw. die Kooperation in anderen Feldern an die Etablierung und Beteiligung an einer Partnerschaft knüpft (*issue linkage*). Angesichts der Drohung mit zwischenstaatlichen Regimen könnten sich private Akteure bereit finden, ein Politikfeld freiwillig zu verregeln und PPP mit aufzubauen (Haufler 2001, Sikkink 1986: 817; Levy und Prakash 2003: 137). Schließlich könnte der Institutionalierungsgrad von PPP davon abhängen, dass mindestens ein materiell mächtiger Akteur im entsprechenden Politikfeld – ob Staat, internationale Organisation oder multinationales Unternehmen – ein überragendes Interesse am Erfolg der PPP hat und bereit ist, die Kosten der Kooperation im Wesentlichen zu tragen.⁷

Eine (neorealistische) Gegenthese, die sich sinngemäß auch auf private Akteure übertragen lässt, argumentiert demgegenüber, dass mächtige Akteure nicht nur an der Ausübung von möglichst viel Einfluss auf andere Akteure, sondern auch an der größtmöglichen Begrenzung des Einflusses ihres Umfelds auf ihr eigenes Verhalten, also an Autonomiewahrung, interessiert sind (vgl. Rittberger 2001: 45-47). Daraus folgt, dass öffentlich-private Kooperationsformen, an denen materiell mächtige Akteure beteiligt sind, sich eher durch einen niedrigen Verpflichtungsgrad auszeichnen, damit einerseits die Autonomie der Akteure gewahrt bleibt und andererseits die Kosten der Kooperation in erträglichen Grenzen gehalten werden können.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich zwei konkurrierende Arbeitshypothesen:

H1: Wenn mächtige Staaten und/oder wichtige internationale Organisationen (IOs) im jeweiligen Politikfeld auf die privaten Akteure großen materiellen Druck ausüben können und/oder wenn mindestens ein materiell mächtiger Akteur das Politikfeld dominiert und bereit ist, die Kosten der Kooperation zu tragen, dann ist ein hoher Institutionalierungsgrad der PPP zu erwarten.

H2: Wenn die beteiligten Akteure materiell mächtig sind und die Kosten der Kooperation gleichzeitig sehr hoch ausfallen, dann ist ein niedriger Institutionalierungsgrad der PPP zu erwarten.

Eigeninteresse

Was die Rolle von Eigeninteressen der Akteure angeht, so können PPP als Verhandlungssysteme konzeptualisiert werden, in denen im Zuge sozialer Interaktion Güter ausgetauscht werden, die

⁷ Dies wäre der Versuch der Übertragung der Theorie hegemonialer Stabilität auf PPP.

die jeweils Beteiligten als für sich wertvoll erachten und auf die sie zur Erreichung der eigenen Ziele angewiesen sind. Ressourcen umfassen jedoch nicht nur materielle Ressourcen im ökonomischen (wie Geld, Rohstoffe, Infrastruktur, Schutz des Markennamens, Marktzugang) oder militärischen Sinne (z.B. Waffen, militärisches Personal). Auch immaterielle Ressourcen wie Wissen, Information oder moralische Autorität spielen in solchen Tauschprozessen eine wichtige Rolle. Der Bedeutungszuwachs von nicht-staatlichen Akteuren im internationalen System ist auch darauf zurückzuführen, dass wachsende Interdependenzen und Problemhaushalte es für Staaten notwendig machen, auf die materiellen und immateriellen Ressourcen nicht-staatlicher Akteure zurückzugreifen. Dies führt zu folgender Arbeitshypothese:

H3: Wenn die beteiligten privaten und öffentlichen Akteure auf den Austausch materieller und ideeller Ressourcen zur Erreichung der eigenen Ziele angewiesen sind, dann ist ein hoher Institutionalisierungsgrad der PPP zu erwarten.

Aus den problem- und situationsstrukturellen Ansätzen der Kooperationstheorie (vgl. Martin 1992; Zürn 1992; Stein 1983) wissen wir aber auch, dass das egoistische Eigeninteresse der Akteure an der Kooperation allein nicht ausreicht, um stabile Institutionen zu generieren. Problematische soziale Situationen zeichnen sich vielmehr durch ambivalente Interessenlagen der Akteure (*mixed motives*) aus. Dem Interesse an der wechselseitigen Kooperation steht die Präferenz für unilaterales Handeln gegenüber, solange andere das Gemeinschaftsgut bereitstellen. Der situationsstrukturelle Ansatz unterscheidet hier zwischen Koordinations- und Kollaborationsproblemen. Reine Koordinationsprobleme (*dilemmas of common aversion*, vgl. Stein 1983), bei denen es im Wesentlichen um die Vermeidung von für alle Beteiligten suboptimalen Ergebnissen im Falle der Nicht-Kooperation geht, bedürfen lediglich eines geringen Institutionalisierungsgrades, weil die Anreize zur Regelverletzung sehr gering sind (es sei denn, es handelt sich um Koordinationsprobleme mit Verteilungskonflikten, vgl. Zürn 1992).

Bei Kollaborationsproblemen (*dilemmas of common interests*, z.B. Gefangenendilemma) geht es dagegen darum, ein bestimmtes gemeinsames Ziel zu erreichen bzw. Gemeinschaftsgüter unter Bedingungen bereit zu stellen, bei denen die Kosten der Kooperation sowie die Anreize zur Regelverletzung hoch sind. Auch PPP unterliegen unter diesen Bedingungen der Problematik des „Trittbrettfahrertums“. Wenn multinationale Unternehmen soziale und Umwelt-Normen umsetzen sollen, dann ist das mit Kosten verbunden, die zu Lasten ihrer Gewinn-Margen gehen. Es ist daher zu vermuten, dass sie sich unter solchen Umständen auf PPP nur dann einlassen, wenn sich das Kooperationsregime durch strikte Regeln und klare Überwachungsmaßnahmen zur Vertragseinhaltung auszeichnet, um möglichst viele Regelungsadressaten auf die Einhaltung von Normen zu verpflichten und Trittbrettfahrertum von Wettbewerbern zu verhindern.

Aus dem situationsstrukturellen Ansatz lassen sich daher folgende Arbeitshypothesen ableiten:

H4a: Wenn die der PPP zugrunde liegende Situationsstruktur einem reinen Koordinationsproblem ähnelt, dann wird der Institutionalisierungsgrad der PPP niedrig ausfallen.

H4b: Wenn die der PPP zugrunde liegende Situationsstruktur hingegen einem Kollaborationsproblem ähnelt, dann wird der Institutionalierungsgrad der PPP hoch ausfallen.

Legitimitätsglaube

Die bisher diskutierten theoretischen Ansätze nehmen die Eigeninteressen der an der PPP beteiligten privaten und öffentlichen Akteure als gegeben hin. Es ist aber keineswegs geklärt, warum sich beispielsweise Privatunternehmen um Normen der *Corporate Social Responsibility* kümmern sollten, wenn deren Umsetzung für sie mit Kosten verbunden ist. Soziologisch bzw. konstruktivistisch inspirierte Arbeiten zur Entstehung internationaler Normen verweisen daher in Anlehnung an den dritten sozialen Mechanismus – *Legitimität* einer Norm – auf die Rolle von *Norm- und Wissensunternehmern* (in der Literatur auch als *advocacy networks* oder *epistemic communities*, vgl. z.B. Keck und Sikkink 1998; Finnemore und Sikkink 1998; Haas 1992). Diese setzen durch soziale Mobilisierung, Überzeugungsprozesse (Risse 2002a), *naming and shaming* sowie die Herstellung internationaler Öffentlichkeit neue Probleme als regelungsbedürftig auf die Tagesordnung der internationalen Politik (*Agenda Setting*-Funktion) und tragen so zur Präferenzänderung der beteiligten Akteure bei.⁸ Solche Kampagnen fordern im allgemeinen klare Regeln und Überwachungsmechanismen, um die Normeinhaltung durch private Unternehmen öffentlich kontrollieren zu können.

H5: Wenn es Norm- oder Wissensunternehmern in dem entsprechenden Politikfeld gelingt, durch soziale Mobilisierung die Präferenzen vor allem der privatwirtschaftlichen Akteure zugunsten ihrer globalen sozialen Verantwortlichkeit zu verändern, dann wird der Institutionalierungsgrad der PPP hoch ausfallen.

(ad 2) Arbeitshypothesen zu den Erfolgsbedingungen der PPP

Im zweiten Teil des Projekts werden die Erfolgsbedingungen der PPP ins Visier genommen. Eine PPP wird von uns dann als erfolgreich eingestuft, wenn zweierlei erreicht wird: Erstens müssen sich die beteiligten Akteure an die in der Kooperationspartnerschaft vereinbarten Regeln halten (*compliance*). Zweitens müssen die selbstgesteckten Ziele der PPP erreicht werden, und zwar sowohl in der Binnen- als auch in der Außenwahrnehmung (vgl. Miles u.a. 2002, Young 2001). Um zu entscheiden, ob eine PPP erfolgreich war, kann vergleichend der Grad der Zielerreichung der im jeweiligen Politikfeld vorhandenen zwischenstaatlichen Regime herangezogen werden. Ob die PPP darüber hinaus auch *de facto* zur angestrebten Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern beitragen (Effektivität der Problemlösung bzw. *impact* des PPP-outputs vor Ort),⁹

⁸ NGO-Kampagnen gegen Sportartikelhersteller oder multinationale Ölkonzerne sind für diese wirtschaftlichen Akteure nicht nur mit Reputations-, sondern oftmals auch mit handfesten materiellen Kosten verbunden, z.B. im Falle von Verbraucherboykotten.

⁹ Oran R. Young (1994: 140ff.) unterscheidet bei der Effektivität von (zwischenstaatlichen) Regimen sechs verschiedene Dimensionen, von denen eine die – hier noch zunächst ausgeblendete – Lösung des Problems ist (*effectiveness as problem solving*). Wir untersuchen dagegen – in den Begriffen Youngs – die Verhaltensänderung der PPP-Mitglieder (*behavioral effectiveness*) und die Erreichung des Ziels der PPP (*goal attainment*).

wird von uns in der ersten Projektphase des SFB aus pragmatischen Gründen ausgeklammert. Wir werden die Problemlösungsfähigkeit der PPP vor Ort erst in der zweiten Phase des SFB in den Blick nehmen können. Hierzu werden wir im Laufe der ersten Projektphase für Länderfallstudien jene PPP identifizieren, die in Ländern tätig sind, die den ersten drei Typen begrenzter Staatlichkeit („zerfallen(d)e Staaten“, „schwache Staaten“, „Schwellenländer“) entsprechen.¹⁰ Nach bisherigem Kenntnisstand sind die von uns untersuchten PPP in mindestens 80 „schwachen Staaten“ tätig, während sie in „zerfallen(d)en Staaten“ und „Schwellenländern“ offenbar weniger aktiv sind. Die geplante Vorgehensweise erlaubt es uns zu untersuchen, ob eine systematische Varianz in der Wirkung der PPP besteht, die auf unterschiedliche Grade staatlichen Gewaltmonopols und Rechtsdurchsetzungsfähigkeit zurückzuführen ist. So können Aussagen darüber gewonnen werden, ob unterschiedliche Ausgangsbedingungen in den Räumen begrenzter Staatlichkeit Einfluss auf den Erfolg einer PPP haben.

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen verschiedenen Merkmalen der PPP einerseits und der Regeleinhaltung bzw. Zielerreichung andererseits beziehen wir uns auf die erwähnte *compliance*-Literatur, insbesondere auf die drei oben beschriebenen Ansätze (vgl. 3.3.1). Wenn die Regeleinhaltung bzw. Zielerreichung in erster Linie durch die bewusste Normverletzung oder das Trittbrettfahrertum einzelner Akteure gefährdet ist, dann sind *Zwangmaßnahmen* das geeignete Instrument. Je klarer und je verbindlicher die Normen formuliert sind und je härter Überwachungsmechanismen und Sanktionsdrohungen ausfallen, desto eher werden die Regeln eingehalten und die Ziele der PPP erreicht. M.a.W., hier wird die abhängige Variable unseres ersten Projektteils – der Institutionalierungsgrad der PPP – zur unabhängigen Variablen:

H6: Je höher der Institutionalierungsgrad der PPP, desto erfolgreicher ist sie im Sinne der Zielerreichung und der Einhaltung der Regeln.

Die zweite Gruppe von *compliance*-Ansätzen argumentiert, dass Regeleinhaltung und die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern eine Frage der den Akteuren zur Verfügung stehenden materiellen und ideellen Kapazitäten ist. Regeln werden verletzt, weil den Akteuren entweder das nötige Know How oder die materiellen Ressourcen fehlen (*managed compliance*, vgl. Chayes und Chayes 1993, Chayes u.a. 1998). Bezieht man dieses Argument auf PPP, so vermuten wir in diesem Zusammenhang, dass Kapazitätsbildung und Wissensvermittlung vor allem eine Frage effizienten Prozess-Managements darstellen. Hier können wir auf die oben formulierte Ressourcenaustausch-Hypothese (vgl. H3) zurückgreifen. Dabei könnte es durchaus einen Unterschied machen, ob die PPP in erster Linie materielle oder ideelle Ressourcen tauschen bzw. bereitstellen. Für erstere vermuten wir, dass in erster Linie effizientes Prozess-Management eine Bedingung für den Erfolg der Partnerschaften darstellt. Hier geht es darum, die Transaktionskosten der

¹⁰ Die im Dachpapier aufgelisteten Länder sind alle an Projekten der von uns untersuchten PPP beteiligt. Welche Länder (diese oder darüber hinausgehende) in der zweiten Projektphase untersucht werden, können wir derzeit noch nicht konkret benennen.

Partnerschaft niedrig zu halten und den Austausch von Wissen und materiellen Ressourcen so effektiv wie möglich zu gestalten:

H7: Je effizienter der Austausch der Ressourcen durch interorganisatorisches Kommunikationsmanagement erfolgt, desto erfolgreicher ist sie im Sinne der Zielerreichung und der Einhaltung der Regeln.

Die dritte – konstruktivistische - Gruppe von *compliance*-Ansätzen betrachtet Regeleinhaltung als einen Sozialisationsprozess, der auf Lern- und Überzeugungsvorgängen beruht und zur Internalisierung der internationalen Normen führt (vgl. Checkel 2001, Schimmelfennig 2003, Risse u.a. 1999a/b). Dies impliziert, dass erstens die Implementation von Normen und die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern selbst auf Interpretationsprozessen der beteiligten Akteure beruhen. Zweitens werden die Interessen und Identitäten der Beteiligten nicht als fix bzw. exogen vorgegeben, sondern als im Verlaufe des Sozialisationsprozesses veränderbar angesehen.

Wir vermuten, dass Sozialisationsprozesse vor allem als Erfolgsbedingung von solchen PPP gelten können, die in erster Linie auf dem Austausch immaterieller Ressourcen wie Wissen, Normentransfer usw. beruhen und bei denen es um die Einhaltung internationaler Normen und Regeln geht. Wenn man Regeleinhaltung als Sozialisationsprozess konzeptualisiert, dann würden vor allem solche PPP ihre Ziele erreichen, bei denen sich die beteiligten Akteure auf wechselseitige Lernprozesse einlassen, die wiederum zu Veränderungen der Organisationsziele und der inter- wie intra-organisatorischen Strukturen und Prozessabläufe führen. Wir werden also untersuchen, ob sich die organisationsinternen Ziele und Strukturen der beteiligten Akteure im Zuge des Kooperationsprojekts verändern, z.B. Abstimmungsprozesse und Entscheidungsstrukturen. Internationale Organisationen müssen sich beispielsweise ein Stück weit von ihren *principals*, den Staaten, emanzipieren und auf die neuen Interaktionen mit nicht-staatlichen Akteuren einlassen. Firmen müssen die Normen der *good corporate citizenship* in ihr eigenes Management integrieren. (I)NGOs schließlich müssen sich auf die Kooperation mit Akteuren (Staaten, IOs und Industrie) einlassen, die sie oftmals zuvor über transnationale Kampagnen bekämpft haben. Für das Gelingen der Kooperation könnte auch wichtig werden, inwiefern eine gegenseitige Akzeptanz der Akteure und verfestigter Kooperationswille erreicht wird. Mit anderen Worten, die Qualität der inter- wie intra-organisatorischen Kommunikation und die Ermöglichung von Lern- und Überzeugungsprozessen wird zur entscheidenden Variable für die Zielerreichung der PPP. Diese Überlegungen führen zu folgender Arbeitshypothese:

H8: Je mehr das Prozess-Management Lern- und Überzeugungsprozesse institutionalisiert, die zur Internalisierung der Regeln, zu Veränderungen der Organisationsziele und der inter- wie intra-organisatorischen Strukturen und Prozesse führen, desto erfolgreicher ist die Kooperationspartnerschaft im Sinne der Zielerreichung und der Einhaltung der Regeln.

Darüber hinaus ist aus dieser Perspektive zu vermuten, dass eine Regeleinhaltung um so eher zu erreichen ist, je mehr die Regeladressaten, also Akteure in den Räumen begrenzter Staatlichkeit, in den Prozess der Regelfindung eingebunden sind.¹¹ Die Literatur zu *Multi Stakeholder*-Prozessen (vgl. z.B. Reinicke 1998; Reinicke und Deng 2000) argumentiert beispielsweise, dass die Problemlösungsfähigkeit von PPP in dem Maße steigt (Output-Legitimität, vgl. Scharpf 1999), in dem eine möglichst breite Partizipation der von der Regelung potentiell betroffenen Akteure gegeben ist (Input-Legitimität) und es so gelingt, eine höhere *ownership* zu sichern. Dieses Argument enthält eine der stärksten normativen Begründungen dafür, dass öffentlich-private Kooperationen zur Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern rein zwischenstaatlichen Regimen überlegen sind. Es lässt sich aber auch analytisch als Hypothese formulieren:

H9: Je mehr PPP auf einer Identität von Regelsetzern und Regeladressaten beruhen und je stärker die von der Regel betroffenen Akteure in den Prozess der Normgenerierung selbst eingebunden sind, umso erfolgreicher sind diese PPP im Sinne der Zielerreichung und der Einhaltung der Regeln.

3.4.2 Methoden und Operationalisierung

Operationalisierung der Variablen

Unser Teilprojekt hat zwei abhängige Variablen. Im ersten Projektteil untersuchen wir den *Institutionalisierungsgrad* der PPP (vgl. H1-5). Dabei operationalisieren wir die abhängige Variable „Institutionalisierung“

- nach dem *Gehalt* („business as usual“ bis „Vorreiter“) und der *Präzision der Normen*, deren Umsetzung sich die PPP zum Ziel gesetzt hat. Wird inhaltlich spezifiziert, womit sich die PPP beschäftigen soll? Werden die Aussagen dazu vage gehalten („Einhaltung/Förderung von Menschenrechten“), oder gibt es konkrete Vorgaben (Produktion von Waren ohne Einsatz von Kinderarbeit)? Zusammengefasst werden Gehalt und Präzision der Norm als „eher hoch“ oder „eher niedrig“ bewertet;
- nach dem *Verpflichtungsgrad* („unverbindlich“ – „verbindlich“) und dem *Maß der Handlungsaufgaben*, v.a. mit Blick auf Monitoring und Evaluierung (geordnet von „ohne Überwachung“ bis „Zwangmaßnahmen“, wobei der entscheidende Trennpunkt zwischen interner oder externer Evaluierung liegt (siehe Abb. 2). Zusammengefasst werden Verpflichtungsgrad und Maß der Handlungsaufgaben als „eher hoch“ oder „eher niedrig“ bewertet.

¹¹ Vgl. hierzu auch die einschlägigen Erkenntnisse der Implementationsforschung (Mayntz 1980, 1983).

Abb. 2: Maß der Handlungsauflagen

<i>niedrig</i>							<i>hoch</i>
←	keinerlei Überwachung der Regelbefolgung	Berichtspflicht ohne Monitoring	Berichtspflicht mit internem Monitoring	Berichtspflicht mit externem Monitoring	Streitschlichtung, „adjudication“	Zwangmaßnahmen	→

Zusammengenommen ergibt sich entweder ein hoher (2x hoch), mittlerer (1x hoch und 1x niedrig) oder niedriger (2x niedrig) Institutionalierungsgrad (vgl. auch Tabelle zur Fallauswahl unter 3.4.3).

Unsere abhängige Variable für den zweiten Projektschritt – Erfolg der PPP – operationalisieren wir als „wahrgenommene Zielerreichung“ im jeweiligen Kontext der PPP, da wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen darüber machen können, in welchem Maße einzelne PPP tatsächlich in der Lage sind, zur Lösung eines Problems beizutragen (*impact*, z.B. die Verbesserung einzelner Umweltparameter, Bekämpfung einzelner Erkrankungen, Gewährung und Achtung von Arbeits- und Sozialrechten). Entsprechend erheben wir,

- ob und inwiefern PPP die *selbstgesteckten Ziele*, die innerhalb einer PPP vereinbart wurden, erreichen (und zwar sowohl in der Einschätzung durch die Akteure selbst als auch in der Bewertung durch Dritte im jeweiligen Politikfeld);
- ob und inwiefern den damit verbundenen *Handlungserwartungen* entsprochen wird. Bei PPP, denen es um die Einhaltung internationaler Normen und Regeln durch private Akteure geht, ist „Zielerreichung“ dann identisch mit „*compliance*“.

Die möglichen Kausalpfade haben wir mittels der eingangs formulierten Hypothesen bereits präzisiert. Um zu verhindern, dass wir bei unserer Auswahl an Kausalfaktoren wichtige Variablen ausgeschlossen haben, bedienen wir uns der Prozessanalyse.¹² Diese bietet die Möglichkeit, über den Ansatz der *process induction* weitere Kausalmechanismen zu identifizieren. Dieses Verfahren hat noch einen weiteren Vorteil: während einige Hypothesen über den Vergleich verifiziert/plausibilisiert oder falsifiziert/ausgeschlossen werden können, können andere nur durch eine detaillierte Prozessanalyse, in diesem Fall eine *process verification* überprüft werden. Schließlich bietet die Prozessanalyse die Möglichkeit, die Anzahl der Beobachtungen trotz geringer Fallstudienanzahl zu erhöhen (vgl. King u.a. 1994).

Um die Gültigkeit unserer Forschungsergebnisse zu überprüfen, werden wir gemäß dem Grundsatz der Triangulation (Denzin 1970, Flick 1991) unterschiedliche Forschungsperspektiven bzw. Theorien und Methoden miteinander kombinieren. Daher werden wir verschiedene Daten heranziehen (Dokumente, Berichte und Selbstdarstellungen, wissenschaftliche Analysen, Informatio-

¹² Die Prozessanalyse ist die geeignetste Methode, durch die Kausalmechanismen erschlossen werden können. Es handelt sich dabei um eine methodische Vorgehensweise, die einzelne Abläufe, Handlungen und Ereignisse betrachtet und diesen beobachteten Abläufen mutmaßliche Ursachen zuordnet. D.h. es werden kausale Zusammenhänge eines Ereignisses „aufgedeckt“, es geht darum zu bestimmen, auf welche Weise (über welchen Kausalpfad) ein Ereignis zustande kommt (vgl. Bennett und George 1997: 5).

nen von Beteiligten und BeobachterInnen), die von unterschiedlichen ForscherInnen im Projektkontext mittels unterschiedlicher Methoden (Prozessanalysen mit Hilfe von Textanalysen, schriftlichen und mündlichen Befragungen in unterschiedlich standardisierter Form, teilnehmende Beobachtung an Treffen der *Stakeholder*) erhoben und ausgewertet werden. Diese Daten werden dann unter den unterschiedlichen theoretischen Perspektiven, die den oben vorgestellten Hypothesen zugrunde liegen, überprüft.

Kriterien der Fallauswahl

Die Fallauswahl orientiert sich zum einen an den eingangs bereits genannten allgemeinen Kriterien. Die zu untersuchenden transnationalen PPP müssen

- Gemeinschaftsgüter durch neue Formen des Regierens erbringen. Dies operationalisieren wir über den beabsichtigten Beitrag zur Umsetzung der *Millennium Development Goals* (MDGs);
- einen Bezug auf Räume begrenzter Staatlichkeit aufweisen, d.h. Projekte in den entsprechenden Ländern durchführen (siehe Tabelle im Anhang), und sie sollten dabei in einen Mehrebenenkontext eingebettet sein;
- sich selbst als transnationale PPP verstehen und möglichst alle benannten Akteursgruppen (Staaten oder IOs, Wirtschaftsunternehmen, NGOs oder sonstige Experten) umfassen.

Zum anderen erfolgt die Fallauswahl anhand zweier Variablen, die ohne detaillierte Prozessanalyse zu erheben und gleichzeitig für die theoretisch vermuteten Kausalpfade bedeutsam sind:

- Erstens variieren wir PPP nach ihrem Grad ihrer *Institutionalisierung* (s.o.), also der abhängigen Variablen des ersten Projektteils, die im zweiten Projektteil zugleich einen wichtigen potentiellen Erklärungsfaktor für die Erfolgchancen von Kooperationspartnerschaften darstellt (vgl. H6).
- Zweitens unterscheiden wir solche PPP, die sich die Regulierung von Verhalten durch den *Austausch ideeller Ressourcen* (Typ A) zum Ziel gesetzt haben, von solchen, die sich der konkreten Problembearbeitung durch den *Austausch materieller Ressourcen* (Typ B) widmen. Wir vermuten, dass sich die Erfolgsbedingungen von Typ A-Partnerschaften systematisch von denjenigen des Typs B unterscheiden (vgl. H7 und H8).

In Typ A werden gemeinsam fallspezifische Zielsetzungen sowie Problemdefinitionen entwickelt und Lösungsoptionen erarbeitet, die den beteiligten Akteuren einen Anreiz bieten bzw. diese überzeugen, ihr Verhalten entsprechend der Ziele der PPP zu verändern. Im Vordergrund steht dabei der Austausch von Wissen und Expertise zur Entwicklung von Verhaltensregeln und zur Formulierung von Politikprogrammen sowie zur Implementierung vereinbarter Normen. In Typ B werden Anstrengungen unternommen, mit materiellem Einsatz konkrete Projekte ins Leben zu rufen, die alle Beteiligten in die Lage versetzen, gemeinsame Ziele vor Ort umzusetzen. Im Vordergrund steht der Austausch materieller Güter (Finanzmittel, Waren, Arbeitskraft) zur Durchführung konkreter Projekte. Natürlich werden in der Realität in den meisten PPP sowohl

ideelle wie auch materielle Ressourcen getauscht, eine Einteilung nach dem jeweiligen *Schwerpunkt* der unternommenen Aktivitäten ist jedoch möglich.

Auf der Basis dieser Überlegungen haben wir die folgenden PPP vorläufig für unsere empirischen Untersuchungen ausgewählt (vgl. Tab. 1). Die ausgewählten PPP und deren Projekte in Räumen begrenzter Staatlichkeit werden im Anhang detaillierter vorgestellt (vgl. Tab. 2).

Tab. 1: Ausgewählte Public Private Partnerships

<i>Institutionalisierungsgrad</i> <i>Ressourcentausch</i>	<i>Hoch</i>	<i>Mittel</i>	<i>Niedrig</i>
<i>Ideell (Typ A)</i>	CCCC GCET SA 8000	GET 2020 GGFR GPHW GWP ICH PSI WCD	(BPD) GAWC GC GNESD GVEP WSP
<i>Materiell (Typ B)</i>	GAIN GAVI IAVI ITI	AREED IAAH RPS	BPD focus projects

Typ A-Partnerschaften mit hohem Institutionalisierungsgrad

CCCC Common Code for the Coffee Community
GCET Global Code of Ethics for Tourism
SA 8000 Social Accountability System 8000

Typ A-Partnerschaften mit mittlerem Institutionalisierungsgrad

GET 2020 Alliance for the Global Elimination of Trachoma
GGFR Global Gas Flaring Reduction Partnership
GPHW Global Public-Private Partnership for Hand Washing with Soap
GWP Global Water Partnership
ICH International Conference on Harmonization of Technical Requirements for Registration of Pharmaceuticals for Human Use
PSI Pharmaceutical Security Institute
WCD World Commission on Dams

Typ A-Partnerschaften mit niedrigem Institutionalisierungsgrad

GAWC Global Alliance for Workers and Communities
GC Global Compact
GNESD Global Network on Energy for Sustainable Development
GVEP Global Village Energy Partnership
WSP Water and Sanitation Program

Typ B-Partnerschaften mit hohem Institutionalisierungsgrad

GAIN Global Alliance for Improved Nutrition
GAVI Global Alliance for Vaccines and Immunization
IAVI International AIDS Vaccine Initiative
ITI International Trachoma Initiative

Typ B-Partnerschaften mit mittlerem Institutionalierungsgrad

AREED	African Rural Energy Enterprise Development
IAAH	International Alliance against Hunger
RPS	Roll Back Malaria Global Partnership

Typ B-Partnerschaften mit niedrigem Institutionalierungsgrad

BPD	Water and Sanitation Cluster of the Business Partners for Development bzw. Building Partnerships for Development (BPD)
-----	--

3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Anhand der ausgewählten PPP werden die für die beiden Projektteile formulierten Hypothesen überprüft. Dazu sollen zunächst alle identifizierten PPP einer genauen empirischen Bestandsaufnahme (*mapping*) unterzogen werden. In der *ersten Projektphase* (Jahre 1-4) sollen die für den Hypothesentest zentralen Informationen empirisch erhoben bzw. unsere bisherigen Annahmen zu ihnen überprüft werden. Dabei gehen wir folgendermaßen vor:

- 1) Das endgültige *mapping* der abhängigen Variablen „Institutionalisierungsgrad“ und „Erfolg der PPP“ erfolgt über die Auswertung der öffentlich zugänglichen Dokumente und Materialien sowie über eine Akteursbefragung mittels eines standardisierten Fragebogens für alle hier untersuchten PPP.
- 2) Auch die Datenerhebung für H1-H4 sowie H6 kann über die Auswertung öffentlich zugänglicher Dokumente und Materialien sowie über die Akteursbefragung erfolgen. Das gilt teilweise auch für H5 (hat soziale Mobilisierung stattgefunden oder nicht?).
- 3) Dagegen erfordert die Datenerhebung für H5 (teilweise) und H7-H9 detaillierte Prozessanalysen. Diese können praktischerweise nicht für alle im Fall-Pool befindlichen PPP durchgeführt werden. Stattdessen werden wir auf der Grundlage der Datenerhebungen zu 1) und 2) mindestens sechs PPP für weitere Prozessanalysen auswählen, und zwar mindestens eine PPP pro Zelle der oben angegebenen Fallauswahl.
- 4) Am Ende der ersten vier Jahre des Teilprojektes wird die Überprüfung der einzelnen Arbeitshypothesen abgeschlossen sein. Wir erwarten, dass wir dann zur Weiterentwicklung und Präzisierung der Hypothesen in der Lage sind sowie Aussagen darüber machen können, welche Kombinationen von Kausalfaktoren und -mechanismen wahrscheinlich für den Erfolg von PPP verantwortlich sind. Sowohl für den Institutionalierungsgrad als auch den Erfolg von transnationalen PPP soll ein erster Entwurf eines Erklärungsmodells entwickelt werden.

Daraus ergibt sich folgender hier schematisch dargestellter Arbeitsplan für die ersten vier Jahre:

Arbeitsschritte	2006		2007		2008		2009	
Mapping aller PPP (AV1 und AV2)								
Datenerhebung zu den Kausalfaktoren aufgrund öffentlich zugänglicher Dokumente und eines standardisierten Fragebogens								
Prozessanalyse ausgewählter PPP								
Weiterentwicklung der Hypothesen, Synthese und Zwischenbericht								

In der *zweiten Projektphase* des SFB (Jahre 5-8) werden (aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Projektphase) systematische Hypothesentests anhand eines erweiterten Fall-Pools von PPP durchgeführt – mit dem Ziel, ein komplexes Kausalmodell zu den Erfolgsbedingungen von PPP zu entwickeln und zu überprüfen. Gleichzeitig werden wir einen Kriterienkatalog zur Bewertung der Problemlösungsfähigkeit und (Input-) Legitimität von transnationalen PPP erstellen. Zu diesem Zweck werden wir die Ergebnisse der anderen Teilprojekte, die sich mit PPP befassen, systematisch in unsere Untersuchungen einbeziehen, um so die verschiedenen theoretischen Literaturen, auf denen diese Forschung beruht, untereinander abgleichen zu können. In dieser Phase werden wir auch erheben, welche Ergebnisse die transnationalen PPP in den Räumen begrenzter Staatlichkeit mit ihren konkreten Aktivitäten vor Ort tatsächlich erzielen. Dazu werden wir detaillierten Länderstudien durchführen. Wir werden also das Forschungsdesign auf die tatsächliche Problemlösungsfähigkeit und Effektivität der PPP in den untersuchten Räumen schwacher Staatlichkeit ausdehnen.

In der *dritten Projektphase* des SFB (Jahre 9-12) wird dann zu überprüfen sein, ob und inwieweit sich die Ergebnisse öffentlich-privater Kooperationen, die auf nicht-hierarchischen Steuerungsformen beruhen, systematisch von Ergebnissen unterscheiden, die mittels konventioneller und weitgehend auf staatliche Akteure begrenzter Steuerungsformen erzielt wurden. In Kooperation mit den anderen SFB-Teilprojekten ist überdies zu klären, welche strukturellen Veränderungen die zunehmenden PPP zur Politikfindung und -implementierung für die internationalen Beziehungen insgesamt bedeuten.

3.5 Stellung innerhalb des Sonderforschungsbereichs

Unser Teilprojekt bezieht sich auf eine der zentralen Fragestellungen des SFB (vgl. Rahmenantrag): Unter welchen Bedingungen sind „neue“ Formen des Regierens“ wie die hier untersuchten transnationalen öffentlich-privaten Kooperationspartnerschaften in der Lage, Gemeinschaftsgüter in Räumen begrenzter Staatlichkeit effektiv und legitim bereitzustellen? Das Projekt gehört zu Projektbereich D „Wohlfahrt und Umwelt“, da es sich schwerpunktmäßig mit der Erbringung

materieller Gemeinschaftsgüter durch PPP beschäftigt. Gleichzeitig bestehen Querbezüge insbesondere zu den Teilprojekten B3 Lehmkuhl, D2 Börzel/Héritier, D3 Fuhr, D4 Enderlein und D5 Leutner. Wie diese untersucht unser Teilprojekt ausgewählte Formen öffentlich-privater Kooperationspartnerschaften. Wir unterscheiden uns von diesen Teilprojekten in dreierlei Hinsicht:

- 1) *Empirisch* konzentrieren wir uns im Unterschied zu B3 Lehmkuhl, D3 Fuhr, D4 Enderlein und D5 Leutner auf PPP, die der Umsetzung der *UN-Millennium Development Goals* in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Ernährung und Gesundheit sowie Arbeits- und Sozialrechte gewidmet sind. Lediglich mit dem Teilprojekt D3 Börzel/Héritier, die sich mit *Corporate Social Responsibility*-Aktivitäten in verschiedenen Sektoren beschäftigen, besteht eine gewisse Überlappung.
- 2) Darüber hinaus unterscheiden wir uns von allen anderen PPP-Teilprojekten durch die gewählte *Analyseebene*. Im Unterschied zu den Teilprojekten, die sich auf PPP in ausgewählten Räumen begrenzter Staatlichkeit und deren Zielerreichung vor Ort konzentrieren (B3 Lehmkuhl, D2 Héritier/Börzel, D5 Leutner), untersuchen wir im transnationalen Raum operierende PPP in bezug auf ihre Erfolgsbedingungen. Einzelne Fallstudien zur Wirkung dieser PPP vor Ort sind erst für die zweite Phase des SFB geplant.
- 3) Schließlich unterscheidet sich unsere *theoretische* Herangehensweise von derjenigen der anderen PPP-Teilprojekte. Das Teilprojekt D3 Fuhr wählt eine verwaltungswissenschaftliche bzw. entwicklungspolitische Perspektive. Das Teilprojekt D2 Héritier/Börzel macht die Europäisierungsliteratur sowie Analyseansätze der *policy*-Forschung für die Analyse von *Corporate Social Responsibility* nutzbar. Unser Teilprojekt hingegen bezieht seine Arbeitshypothesen aus den Theorien der Internationalen Beziehungen, insbesondere aus institutionalistischen und *compliance*-Ansätzen. Lediglich zu B2 Börzel besteht hier eine gewisse Überlappung.

Da es sich bei der Untersuchung der Erfolgsbedingungen von PPP um theoretisches und empirisches Neuland handelt, erwarten wir uns von den unterschiedlichen empirischen, methodischen und theoretischen Herangehensweisen Synergie-Effekte im SFB. Daher werden sich alle PPP-Projekte – so auch dieses Teilprojekt – an der dialogischen Querschnittsgruppe „Theoretische Reflexion von *Governance* und ‚neuen‘ Formen des Regierens“ beteiligen. Darüber hinaus ist angedacht, nach der ersten Förderperiode des SFB die PPP-bezogenen Teilprojekte gegebenenfalls durch identische Fragestellungen und Leithypothesen zu integrieren. Vom Theorieprojekt A2 Göhler erwarten wir uns wertvolle Einsichten in die Thematik weicher Steuerung. Schließlich ist schon über die Person des Teilprojektleiters die Zuarbeit zum A1 Risse/Lehmkuhl gewährleistet.

3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten des/der Teilprojektleiter/ Teilprojektleiterinnen

Bewilligt:

- *Max Planck Forschungspreis für Internationale Kooperation 2003*: Dieses Projekt in Zusammenarbeit mit Prof. Michael Barnett (University of Minnesota), Marthy Finnemore (George Washington University) und Stephen Krasner (z.Zt. U.S. State Department) sowie dem Center for Development, Democracy, and the Rule of Law (CDDRL) der Stanford University untersucht internationale Einflüsse auf state-building und Demokratisierung. Das Projekt ergänzt die Forschungsvorhaben des SFB, vor allem im Projektbereich B „Herrschaft“, eine Überschneidung mit unserem Teilprojekt ist nicht gegeben.
- *New Modes of European Governance: Arguing and European Governance*: Dieses Projekt wird im Rahmen eines *Integrated Project* des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms gefördert. Es untersucht „weiche Steuerung“ und die Effekte argumentativer und verständigungsorientierter Kommunikation in der EU am Beispiel des EU-Verfassungskonvents. Die Abgrenzung ist durch den unterschiedlichen empirischen Fokus gegeben.
- *DFG Projekt über Europäische Öffentlichkeit und die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik*: Hier geht es um Medienanalysen zur europäischen Öffentlichkeit, eine Überschneidung zu unserem Teilprojekt besteht weder theoretisch noch empirisch.

Literatur

- Abbott, Kenneth W., Robert O. Keohane, Andrew Moravcsik, Anne-Marie Slaughter und Duncan Snidal 2000: The Concept of Legalization, in: *International Organization* 54: 3, 401-419.
- Barnett, Michael N. und Martha Finnemore 1999: The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations, in: *International Organization* 53: 4, 699-732.
- Barnett, Micheal N. 2004: Rules for the World. *International Organizations in Global Politics*, Ithaca, NY.
- Beisheim, Marianne 2004: Fit für Global Governance? Transnationale Interessengruppen als Demokratisierungspotential - am Beispiel Klimapolitik, Opladen.
- Bennett, Andrew und Alexander L. George 1997: Process Tracing in Case Study Research, Paper Presented at the MacArthur Foundation Workshop on Case Study Methods, Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard University, October 17-19, 1997 (<http://www.georgetown.edu/bennett/PROTCG.htm>)
- Boli, John und George M. Thomas (Hrsg.) 1999: *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations Since 1875*, Stanford.
- Börzel, Tanja A. 2003: Guarding the Treaty: The Compliance Strategies of the European Commission, in: Tanja A. Börzel und Rachel A. Cichowski (Hrsg.): *The State of the European Union. Vol. 6: Law, Politics, and Society*, Oxford, 197-220.
- Börzel, Tanja A. und Thomas Risse 2002: Die Wirkung internationaler Institutionen: Von der Normanerkennung zur Normeinhaltung, in: Markus Jachtenfuchs und Michele Knodt (Hrsg.): *Regieren in internationalen Institutionen. Festschrift für Beate Kohler-Koch*, Opladen, 141-181.
- Börzel, Tanja A. und Thomas Risse 2005 i.E.: Public-Private Partnerships: Effective and Legitimate Tools of International Governance?, in: Edgar Grande und Louis W. Pauly (Hrsg.): *Reconstituting Political Authority: Complex Sovereignty and the Foundations of Global Governance*, Toronto.
- Brown Weiss, Edith und Harold K. Jacobson (Hrsg.) 1998: *Engaging Countries. Strengthening Compliance with International Environmental Accords*, Cambridge, MA./London.
- Brühl, Tanja, Heidi Feldt, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel und Jens Martens (Hrsg.) 2004: *Unternehmen in der Weltpolitik. Politiknetzwerke, Unternehmensregeln und die Zukunft des Multilateralismus. Vol. 19, EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden*, Bonn.
- Campell, Tom und Seumas Miller (Hrsg.) 2004: *Human Rights and the Moral Responsibilities of Corporate and Public Sector Organisations*. Dordrecht u.a.
- Chayes, Abram und Antonia Handler Chayes 1993: On Compliance, in: *International Organization* 47: 2, 175-205.
- Chayes, Abram, Antonia Handler Chayes und Ronald B. Mitchell 1998: Managing Compliance: A Comparative Perspective, in: Edith Brown Weiss und Harold K. Jacobsen (Hrsg.): *Engaging Countries: Strengthening Compliance with International Environmental Accords*, Cambridge MA., 39-62.
- Checkel, Jeffrey T. 2001: Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: *International Organization* 55: 3, 553-588.
- Checkel, Jeffrey T. (Hrsg.) i.E.: *International Institutions and Socialization in Europe. Special Issue of International Organization*, Cambridge.
- Cutler, Claire A. 2003: *Private Power and Global Authority: Transnational Merchant Law and the Global Political Economy*, Cambridge.
- Cutler, A. Claire, Virginia Haufler und Tony Porter (Hrsg.) 1999: *Private Authority and International Affairs*, Albany, NY.
- Denzin, Norman K. 1970: Strategies of Multiple Triangulation, in: Norman K. Denzin (Hrsg.): *The Research Act in Sociology: A Theoretical Introduction to Sociological Method*, New York, 297-313.
- Dingwerth, Klaus 2003: Globale Politiknetzwerke und ihre demokratische Legitimation, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 10: 1, 69-111.
- Finnemore, Martha und Kathryn Sikkink 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.
- Flick, Uwe 1991: Triangulation, in: Uwe Flick, Ernst v. Kardorff, Heiner Keupp, Lutz v. Rosenstiel und Stephan Wolff (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung*, München, 432-434.
- Fox, T., H. Ward und B. Howard 2002: *Public Sector Roles in Strengthening Corporate Social Responsibility: A Base Line Study*. The World Bank.
- Göhler, Gerhard 1997: Der Zusammenhang von Institutionen, Macht und Repräsentation, in: Gerhard Göhler u.a. (Hrsg.): *Institutionen - Macht - Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden, 11-62.

- Goldstein, Judith L., Miles Kahler, Robert O. Keohane und Anne-Marie Slaughter (Hrsg.) 2000: *Legalization and World Politics*. Special Issue of *International Organization* 54: 3, Cambridge, MA.
- Haas, Peter M. (Hrsg.) 1992: 'Knowledge, Power and International Policy Coordination', *International Organization*, Special Issue. 1 ed. Vol. 46.
- Hall, Rodney Bruce und Thomas J. Biersteker 2002: *The Emergence of Private Authority in the International System*, in: dies. (Hrsg.): *The Emergence of Private Authority in Global Governance*, Cambridge, 3-22.
- Hamm, Brigitte 2002: *Public-Private Partnership und der Global Compact der Vereinten Nationen (INEF-Report 62/2002)*, Duisburg.
- Hasenclever, Andreas, Peter Mayer und Volker Rittberger 1997: *Theories of International Regimes*, Cambridge.
- Haufler, Virginia 1999: *Self-Regulation and Business Norms. Political Risk, Political Activism*, in: Tony Porter (Hrsg.): *Private Authority and International Affairs*, Albany NY, 199-222.
- Haufler, Virginia 2001: *A Public Role for the Private Sector: Industry Self-Regulation in a Global Economy*, Washington.
- Holmes, L. und R. Watts 2000: *Corporate Social Responsibility: Making Good Business Sense*. Genf: World Business Council for Sustainable Development.
- Hurd, Ian 1999: *Legitimacy and Authority in International Politics*, in: *International Organization* 53: 2, 379-408.
- Kaul, Inge, Isabelle Grunberg und Marc A. Stern (Hrsg.) 1999: *Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century*, Oxford.
- Keck, Margret und Kathryn Sikkink 1998: *Activists Beyond Borders. Transnational Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca NY.
- Kell, Georg und John Gerard Ruggie 1999: *Global Markets and Social Legitimacy: The Case of the 'Global Compact'*. Präsentiert bei der *Governing the Public Domain beyond the Era of the Washington Consensus? Redrawing the Line Between the State and the Market*, York University, Toronto, Canada, 4-6.11.1999.
- Keohane, Robert O. 1989: *International Institutions and State Power*, Boulder CO.
- Khagram, Sanjeev 2004: *Dams and Development. Transnational Struggles for Water and Power*, Ithaca NY.
- Khagram, Sanjeev, James V. Riker und Kathryn Sikkink (Hrsg.) 2002: *Restructuring World Politics: Transnational Social Movements, Networks, and Norms*, Minneapolis MN.
- King, Gary, Robert O. Keohane und Sydney Verba 1994: *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton, NJ.
- Kiser, Edgar 1999: *Comparing Varieties of Agency Theory in Economics, Political Science, and Sociology: An Illustration from State Policy Implementation*, in: *Sociological Theory* 17: 2, 146-170.
- Krasner, Stephen D. (Hrsg.) 1983: *International Regimes*, Ithaca NY.
- Leisinger, Klaus M. 1997: *Unternehmensethik. Globale Verantwortung und modernes Management*, München.
- Levy, David L. und Aseem Prakash 2003: *Bargains Old and New: Multinational Corporations in Global Governance*, in: *Business and Politics* 5: 2, 131-150.
- Libbe, Jens, Stephan Tomerius und Jan Hendrik Trapp 2002: *Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung. Soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs*, Berlin.
- Liese, Andrea 1998: *Menschenrechtsschutz durch Nichtregierungsorganisationen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: B 46-47*, 32-42.
- Linder, Stephen H. und Pauline Vaillancourt Rosenau 2000: *Mapping the Terrain of the Public-Private Policy Partnership*, in: Pauline Vaillancourt Rosenau (Hrsg.): *Public-Private Policy Partnerships*, Cambridge MA, 1-18.
- List, Martin und Bernhard Zangl 2003: *Verrechtlichung internationaler Politik*, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 361-399.
- March, James G. und Johan P. Olsen 1998: *The Institutional Dynamics of International Political Orders*, in: *International Organization* 52: 4, 943-969.
- Martin, Lisa L. 1992: *Coercive Cooperation: Explaining Multilateral Economic Sanctions*, Princeton NJ.
- Martin, Lisa L. und Beth Simmons 1998: *Theories and Empirical Studies of International Institutions*, in: *International Organization* 52: 4, 729-757.
- Mayntz, Renate (Hrsg.) 1980: *Implementation politischer Programme I: Empirische Forschungsberichte*, Königstein, Ts.
- Mayntz, Renate (Hrsg.) 1983: *Implementation politischer Programme II: Ansätze zur Theoriebildung*, Opladen.
- McIntosh, Malcolm (Hrsg.) 2003: *The Journal of Corporate Citizenship. Special Issue on The United Nations Global Compact*. Vol. 11, Scheffield.

- Meyer, John und Ronald L. Jepperson 2000: The "Actors" of Modern Society: The Cultural Construction of Social Agency, in: *Sociological Theory* 18: 1, 100-120.
- Miles, Edward L., Arild Underdal, Steinar Andresen, Jorgen Wettestad, Jon Birger Skjaereth und Elaine M. Carlin 2002: *Environmental Regime Effectiveness: Confronting Theory with Evidence*, Cambridge, MA.
- Moravcsik, Andrew 1999: A New Statecraft? Supranational Entrepreneurship and International Cooperation, in: *International Organization* 53: 2, 267-306.
- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 1, 15-44.
- Nölke, Andreas 2003: Intra- und interdisziplinäre Vernetzung: Die Überwindung der Regierungszentrik?, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 519-554.
- Ougaard, Morten und Richard Higott 2002: *Towards a Global Polity*, London, New York.
- Oye, Kenneth (Hrsg.) 1986: *Cooperation under Anarchy*, Princeton, NJ.
- Raustiala, Kal und Anne-Marie Slaughter 2002: International Law, International Relations, and Compliance, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London et al., 538-558.
- Reinicke, Wolfgang H. 1998: *Global Public Policy. Governing without Government?* Washington, D.C.
- Reinicke, Wolfgang H. und Francis Deng 2000: *Critical Choices. The United Nations, Networks, and the Future of Global Governance*, Ottawa et al.
- Richter, Judith 2003: 'We the People' or 'We the Corporations'? Critical Reflections on UN-business 'partnerships', Genf.
- Rieth, Lothar und Melanie Zimmer 2004: *Transnational Corporations and Conflict Prevention: The Impact of Norms on Private Actors*. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung. 43. Tübingen: Abteilung Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung.
- Risse, Thomas 1999a: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Monika Medick-Krakau (Hrsg.): *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive - Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst-Otto Czempiel, Baden-Baden, 33-57.
- Risse, Thomas 1999b: International Norms and Domestic Change: Arguing and Communicative Behavior in the Human Rights Area, in: *Politics & Society* 27: 4, 526-556.
- Risse, Thomas 2000: 'Let's Argue!' Communicative Action in World Politics, in: *International Organization* 54: 1, 1-39.
- Risse, Thomas 2002a: Constructivism and International Institutions: Toward Conversations Across Paradigms, in: Helen V. Milner (Hrsg.): *Political Science: The State of the Discipline*, New York, 597-623.
- Risse, Thomas 2002b: Transnational Actors and World Politics, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth A. Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London et al., 255-274.
- Risse, Thomas 2003a: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen - Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 99-132.
- Risse, Thomas 2003b: Social Constructivism and European Integration, in: Thomas Diez und Antje Wiener (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford.
- Risse, Thomas 2004: Global Governance and Communicative Action, in: *Government and Opposition* 39: 2, 288-313.
- Risse, Thomas i.E.: Transnational Governance and Legitimacy, in: Arthur Benz und Ioannis Papadopoulos (Hrsg.): *Transnational Governance*, London.
- Risse, Thomas, Stephen C. Ropp und Kathryn Sikkink (Hrsg.) 1999: *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*, Cambridge.
- Risse, Thomas, Anja Jetschke und Hans-Peter Schmitz 2002: *Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens*, Baden-Baden.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: Ideas Do not Float Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War, in: *International Organization* 48: 2, 185-214.
- Risse-Kappen (Hrsg.) 1995: *Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures, and International Institutions*, Cambridge.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) 1993: *Regime Theory and International Relations*, Oxford.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) 2001: *German Foreign Policy Since Unification: Theories and Case Studies*, Manchester.

- Ronit, Karsten und Volker Schneider 1999: Global Governance through Private Organizations, in: *Governance* 12: 3, 243-266.
- Ruggie, John Gerard 2002: The Theory and Practice of Learning Networks: Corporate Social Responsibility and the Global Compact, in: *Journal of Corporate Citizenship* 5/2002, 27-36.
- Scharpf, Fritz W. 1999: *Regieren in Europa*, Frankfurt a. M.
- Schimmelfennig, Frank 2003: Internationale Sozialisation: Von einem 'erschöpften' zu einem produktiven Forschungsprogramm?, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 401-427.
- Senghaas-Knobloch, Eva, Jan Dirks und Andrea Liese 2003: Internationale Arbeitsregulierung in Zeiten der Globalisierung. Politisch-organisatorisches Lernen in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Münster.
- Sikkink, Kathryn 1986: Codes of Conduct for Transnational Corporations: The Case of the WHO/UNICEF Code, in: *International Organization* 40, 815-840.
- Simmons, Beth A. und Lisa L. Martin 2002: International Organizations and Institutions, in: Beth A. Simmons (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London et al., 192-211.
- Smith, Jackie, Charles Chatfield und Ron Pagnucco (Hrsg.) 1997: *Transnational Social Movements and Global Politics: Solidarity Beyond the State*, Syracuse NY.
- Snidal, Duncan 1985: The Limits of Hegemonic Stability Theory, in: *International Organization* 39, 579-614.
- Sprinz, Detlef F. 2003: Internationale Regime und Institutionen, in: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 251-273.
- Stein, Arthur A. 1983: Coordination and collaboration: regimes in an anarchic world, in: Stephen S. Krasner (Hrsg.): *International Regimes*, Ithaca NY, 115-140.
- Tesner, Sandrine 2001: *United Nations and Business. A Partnership Revisited*, Basingstoke.
- Ulbert, Cornelia 2005: "Wissensunternehmer" und Argumentationsprozesse bei der Formulierung der ILO-Konvention zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit, in: Cornelia Ulbert und Christoph Weller (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Opladen, (i.E.).
- Ulbert, Cornelia und Thomas Risse 2001: *Arguing and Persuasion in Multilateral Negotiations: Theoretical Approach and Research Design*, Paper Presented at the 4th Pan European International Relations Conference, University of Kent, Canterbury, Sept. 7 - 10.
- Ulbert, Cornelia, Thomas Risse und Harald Müller 2004: *Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations. Final Report to the Volkswagen Foundation*, Berlin/Frankfurt a.M.
- Victor, David G., Kal Raustiala und Eugene B. Skolnikoff (Hrsg.) 1998: *The Implementation and Effectiveness of International Environmental Commitments: Theory and Practice*, Cambridge, MA/London.
- WHO 1999: *Public Private Partnerships for Health. Report by the Director-General*, Genf.
- Young, Oran R. 1994: *International Governance. Protecting the Environment in a Stateless Society*. Ithaca NY.
- Young, Oran R. (Hrsg.) 1999: *The Effectiveness of International Environmental Regimes. Causal Connections and Behavioral Mechanisms*, Cambridge, Ma./London.
- Young, Oran R. 2001: Inferences and Indices: Evaluating the Effectiveness of International Environmental Regimes, in: *Global Environmental Politics* 1: 1, 99-121.
- Ziekow, Jan (Hrsg.) 2003: *Public private partnership. Projekte, Probleme, Perspektiven; Dokumentation des Workshops "Public Private Partnership" im Bundesministerium für Wirtschaft am 16. und 17. Oktober 2001 in Berlin*, Speyerer Forschungsberichte; 229, Speyer.
- Zürn, Michael 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes*, Opladen.

Anhang

Tab. 2: Kurzbeschreibung der im Teilprojekt ausgewählten Public Private Partnerships

Kurzbeschreibung PPP	Projekte vor Ort in (beispielsweise)
<i>Typ A-Partnerschaften mit hohem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>Common Code for the Coffee Community (CCCC):</p> <p>Der gemeinsame Kodex für den Kaffeesektor, initiiert von der GTZ und dem Deutschen Kaffeeverband, ging im September 2004 in die Testphase. Pilothaft wird der freiwillige Kodex in den Kaffeeregionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur Anwendung kommen. Der freiwillige Kodex beinhaltet grundlegende soziale, ökologische und wirtschaftliche Standards für mehr Nachhaltigkeit bei Anbau, Verarbeitung und Handeln von Rohkaffee. Zu Beginn setzt der Kodex auf Selbstevaluierung, in einer späteren Phase wird eine Evaluierung von dritter Seite und – derzeit noch nicht beschlossen – ein Streitschlichtungs- und Beschwerdeverfahren die Beachtung der Prinzipien überprüfen.</p>	Ethiopia, El Salvador, Uganda, Vietnam
<p>Global Code of Ethics for Tourism (GCET):</p> <p>Der Verhaltenskodex für Nachhaltigkeit in der Tourismusbranche wurde 1997 von der Welttourismusorganisation initiiert. Er soll die negativen Konsequenzen von Tourismus auf die Umwelt und das kulturelle Erbe eines Landes / einer Region minimieren und den positiven Nutzen für die Bewohner in touristischen Gebieten erhöhen. Dabei bezieht sich der Kodex u.a. auf internationale Menschenrechtsübereinkommen und Umweltabkommen. Im Jahr 2004 wurde der Kodex um einen Streitschlichtungsmechanismus ergänzt, dessen Entscheidungen von den Mitgliedern als bindend akzeptiert werden können. Das neu geschaffene World Committee on Tourism Ethics evaluiert außerdem die Implementierung des Kodex.</p>	
<p>Social Accountability System 8000 (SA 8000):</p> <p>Dieser Verhaltenskodex und Zertifizierungsstandard basiert auf den wesentlichen Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Menschenrechtserklärung und der Kinderrechtskonvention. Es ist der erste Standard im Bereich der Arbeits- und Sozialrechte, der ein unabhängiges Auditing auf der Grundlage präziser Normen vorsieht. Zusammengeschlossen sind Gewerkschaften, Handelsverbände, Regierungen, Firmen und Nichtregierungsorganisationen. Seit dem Start im Jahre 1998 wurden Unternehmen aus 22 Sektoren in mehr als 30 Staaten zertifiziert.</p>	Argentina, Bangladesh, Brazil, China, Costa Rica, Dominican Republic, India, Malaysia, Pakistan, Peru, South Africa, South Korea, Taiwan, Thailand, Vietnam
<i>Typ A-Partnerschaften mit mittlerem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>Alliance for the Global Elimination of Trachoma (GET 2020):</p> <p>GET 2020 vereinigt seit 1998 zahlreiche nationale Programme zur Bekämpfung einer entzündlichen Augenerkrankung (Trachoma), die zur Erblindung führen kann, unter dem Dach der WHO. Partner sind neben der WHO, NGOs und Unternehmen.</p>	Africa, Middle East, Asia and Pacific
<p>Global Gas Flaring Reduction Partnership (GGFR):</p> <p>Diese Partnerschaft zwischen der Weltbank, transnationalen Ölkonzernen (u.a. BP, ChevronTexaco, ExxonMobil, Statoil, Shell) und einigen Regierungen (u.a. Angola, Kamerun, Tschad, Ecuador, Indonesien, Nigeria) versucht, einen freiwilligen globalen Standard zur Reduktion von „gas flaring and venting“ im Kontext der Rohölförderung zu entwickeln. Während dies Ziel klar definiert ist, fehlen jegliche Monitoringmechanismen.</p>	Algeria, Angola, Azerbaijan, Brazil (in Planung), Cameroon, Chad, Ecuador, Equatorial Guinea, Indonesia, Kazakhstan (in Planung), Mexiko (in Planung), Nigeria, Trinidad/Tobago (in Planung)

Kurzbeschreibung PPP	Projekte vor Ort in (beispielsweise)
<p>Global Public-Private Partnership for Hand Washing with Soap (GPHW):</p> <p>Diese Partnerschaft wurde 1998 von Colgate-Palmolive als globales Hygiene-Erziehungsprogramm ins Leben gerufen, um die Zahl der Durchfallerkrankungen in armen Ländern zu reduzieren. Partner sind neben Unternehmen die Weltbank und UNICEF, nationale Gesundheits- und Bildungsministerien sowie akademische Einrichtungen.</p>	<p>Ghana, Nepal, Peru, Senegal</p>
<p>Global Water Partnership (GWP):</p> <p>Diese Partnerschaft will Länder beim nachhaltigen Management ihrer Wasserressourcen unterstützen. Beteiligt sind verschiedene Regierungen, die Weltbank, UNDP und diverse Unternehmen sowie NGOs. Während die Projekte den relativ klar definierten „Dublin-Rio Principles“ zum nachhaltigen Wassermanagement folgen sollen, findet keine externe Evaluierung der Projekte statt (?).</p>	<p>Albania, Algeria, Angola, Armenia, Azerbaijan, Bangladesh, Belize, Benin, Botswana, Brazil, Burkina Faso, Cambodia, Chile, Colombia, Congo, Costa Rica, Cote d'Ivoire, Djibouti, El Salvador, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Georgia, Ghana, Guatemala, Guinea, Honduras, Kazakhstan, Kenya, Laos, Lebanon, Lesotho, Liberia, Libya, Lithuania, Malawi, Malaysia, Mali, Mauritania, Mozambique, Namibia, Nicaragua, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Somalia, South Africa, Sri Lanka Sudan, Swaziland, Syria, Tajikistan, Tanzania, Thailand, Togo, Tunisia, Turkmenistan, Uganda, Uzbekistan, Venezuela, Vietnam, Zambia, Zimbabwe</p>
<p>International Conference on Harmonization of Technical Requirements for Registration of Pharmaceuticals for Human Use (ICH):</p> <p>Diese Partnerschaft ist nach dem Multi-Stakeholder-Prinzip verfasst und bringt seit 1990 Experten nationaler Regulierungsbehörden und große Pharmazieunternehmen aus Europa, Japan und den USA zusammen, um gemeinsame Regelungen für die Zulassung von Medikamenten zu verabschieden, so dass die Entwicklung und Zulassung von Medikamenten nicht nur wirtschaftlich effizienter gestaltet werden kann, sondern auch Doppelungen von Tier- und Menschenversuchen vermieden werden können sowie der Zugang zu Medikamenten beschleunigt werden kann.</p>	
<p>Pharmaceutical Security Institute (PSI):</p> <p>Das Institut wurde 1997 zunächst auf Initiative großer multinationaler Pharmazieunternehmen gegründet, um weltweit gegen die Fälschung von Medikamenten vorzugehen. 2001 wurde das Institut zur Non-Profit-Organisation umorganisiert, die unter der Zielperspektive des Gesundheitsschutzes Medikamentenfälschungen aufdeckt und entsprechend nationale Vollzugsbehörden mit Informationen versorgt. Mitglieder sind der Internationale Pharmazieverband, Pharmazieunternehmen und die WHO.</p>	
<p>World Commission on Dams (WCD):</p> <p>Diese Multi-Stakeholder-Initiative zwischen Vertretern der Weltbank, von IUCN, Dammbaufirmen, lokalen Anwohnern und NGOs hat in einem gemeinsam geschriebenen Report globale Richtlinien zum Bau von Großstaudämmen entwickelt. Während diese Richtlinien relativ klar sind, sind sie völlig unverbindlich und enthalten keine Handlungsaufgaben wie Monitoring etc.</p>	<p>Brazil, China, India, Pakistan, Russia, South Africa, Thailand, Zambia/Zimbabwe</p>

Kurzbeschreibung PPP	Projekte vor Ort in (beispielsweise)
<i>Typ A-Partnerschaften mit niedrigem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>Global Alliance for Workers and Communities (GAWC):</p> <p>Die seit 1999 bestehende Partnerschaft privater und öffentlicher Akteure versucht, die (künftigen) Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen, die in globaler Produktion und Zuliefererketten in den Entwicklungsländern tätig sind, zu verbessern. Im Zentrum steht eine Befragung, die die Bedürfnisse der meist jungen ArbeitnehmerInnen erhebt. Auf dieser Basis werden Trainingsprogramme entwickelt, die bessere Arbeitsbedingungen sicherstellen sollen. Partner sind Unternehmen (GAP, Inditex und Nike), Weltbankgruppe, Akademia und NGOs (International Youth Foundation). Derzeit engagiert sich die GA in fünf Ländern (China, India, Indonesia, Thailand und Vietnam) und erreicht dort über 200.000 ArbeitnehmerInnen. Es gibt ein Auditing durch nationale Forschungseinrichtungen, das sich aber auf die Befragung, nicht auf mögliche Regelbeachtung und/oder Verhaltensänderung bezieht.</p>	<p>China, India, Indonesia, Thailand, Vietnam</p>
<p>Global Compact (GC):</p> <p>Im Januar 1999 angekündigte, im Juli 2000 angelaufene Initiative des VN-Generalsekretärs, die Unternehmen mit NGOs und UN-Organisationen zusammenbringt, um neun Kernnormen aus den Bereichen Umwelt, Arbeits- und Menschenrechte zu unterstützen. Es handelt sich beim GC nicht um einen Verhaltenskodex, sondern um ein Forum für Politikdialog und gemeinsamen Erfahrungsaustausch (Lernforum). Im Juni 2004 kam Antikorruption als zehnte Norm hinzu.</p>	<p>Argentina, Bangladesh, Brazil, Bulgaria, Cameroon, Chile China, Colombia, , Ghana, India, Indonesia, Lebanon, Macedonia, Malawi, Malaysia, Morocco, Mozambique, Nepal, Nigeria, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Philippines, Singapore, South Africa, United Republic of Tanzania, Thailand, Uruguay, Yugoslavia, Tunisia, Zambia, Zimbabwe</p>
<p>Global Network on Energy for Sustainable Development (GNESD):</p> <p>Dieses Wissensnetzwerk, bestehend aus UNEP, NGOs, und Consultants, gründet „Member Centres of Excellence“ in Entwicklungsländern, in deren Rahmen Wissen über nachhaltige Energieversorgung und –politik generiert und ausgetauscht werden soll. Bislang existiert kein klarer Kriterienkatalog für die Nachhaltigkeit der unternommenen Aktivitäten, und es findet auch keine Evaluierung statt.</p>	<p>Argentina, Brazil, China, India, Kenya, Lebanon, Senegal, South Africa, Thailand</p>
<p>Global Village Energy Partnership (GVEP):</p> <p>Diese Partnerschaft wurde 2002 mit dem Ziel gestartet, den Zugang zu „moderner“ Energie zu verbessern. Beteiligt sind UNDP, die Weltbank, UNEP u.v.a., ESMAP dient als Sekretariat. Bislang wurden v.a. Workshops veranstaltet. Es scheint weder einen klaren Kriterienkatalog für Aktivitäten zu geben, noch findet eine Evaluierung statt.</p>	<p>Bolivia, Brazil, Cameroon, Dominican Republic, Ghana, Guatemala, Honduras, India, Kenya, Mexico, Niger, Philippines, South Africa, Sri Lanka, Tanzania, Zambia</p>
<p>Water and Sanitation Program (WSP):</p> <p>Dieses Partnerschaftsprogramm der Weltbank existiert bereits seit 1978. Im Rahmen des Programms werden v.a. Workshops zur Entwicklung des Wassersektors durchgeführt. Ein klarer Kriterienkatalog oder eine Evaluierung fehlen.</p>	<p>Bangladesh, Benin, Bolivia, Burkina Faso, Cambodia, Ecuador, Ethiopia, Honduras, India, Indonesia, Kenya, Lao PDR, Mauritania, Mozambique, Nicaragua, Pakistan, Peru, Philippines, Senegal, Uganda, Vietnam, Yemen</p>

Kurzbeschreibung PPP	Projekte vor Ort in (beispielsweise)
<i>Typ B-Partnerschaften mit hohem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN):</p> <p>Der 2001 initiierten Partnerschaft zur Bekämpfung von Vitamin- und Mineralstoffmangel gehören die US-amerikanischen und kanadischen Entwicklungsagenturen USAID und CIDA, verschiedene IOs (UNICEF, Weltbank, WHO, FAO), VertreterInnen von Firmen (z.B. Kraft), NGOs and akademischen Einrichtungen an. Die Weltbank agiert als Vermögensverwalterin. Die Stiftung bezieht sich bei ihrem Auftrag auf die Sondersitzung über Kinder der VN-Generalversammlung im Mai 2002, die neue Ernährungsziele für das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts setzte, darunter die nachhaltige Abschaffung des Vitamin-A Mangels bis 2010. Die ersten Länder, in denen mit Vitaminen und Mineralien angereicherte Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, sind China, Marokko, Südafrika und Vietnam. Ein externes Auditing, das auch die Einhaltung der selbstgesteckten Ziele der Stiftung abdecken soll, ist vorgesehen.</p>	<p>Bolivia, China, Dominican Republic, Cote d'Ivoire, Mali, Morocco, Pakistan, South Africa, Uzbekistan, Vietnam</p>
<p>Global Alliance for Vaccines and Immunization (GAVI):</p> <p>Als Nachfolgepartnerschaft der Children's Vaccination Initiative (CVI) 1999 gegründet, widmet sich GAVI der Entwicklung und Verbreitung von Impfstoffen, die vor allem Kindern in armen Ländern zugute kommen sollen. Projektmittel werden für landesspezifische Projekte nach Begutachtung durch unabhängige Experten vergeben. Mitglieder sind neben UNICEF, der Weltbank und der WHO, zahlreiche nationale Gesundheitsinstitutionen, akademische Institutionen und die Bill und Melinda Gates-Stiftung.</p>	<p>Afghanistan, Angola, Armenia, Azerbaijan, Bangladesh, Benin, Bolivia, Burkina Faso, Burundi, Cambodia, Cameroon, Chad, Comoros, Congo, Côte d'Ivoire, Djibouti, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Ghana, Guinea, Guyana, Haiti, Honduras, India, Indonesia, Kenya, Lesotho, Liberia, Malawi, Mali, Moldova, Mongolia, Mozambique, Myanmar, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Pakistan, Rwanda, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Tajikistan, Tanzania, Togo, Turkmenistan, Uganda, Uzbekistan, Viet Nam, Yemen, Zambia, Zimbabwe, Thailand, Vietnam</p>
<p>International AIDS Vaccine Initiative (IAVI):</p> <p>Ziel dieser 1996 gegründeten Partnerschaft ist die Entwicklung von Impfstoffen zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Verbindung mit Auflagen, diese Impfstoffe insbesondere ärmeren Ländern zu günstigen Konditionen zugänglich zu machen. Partner sind UN-Organisationen (UNAIDS, Weltbank), NGOs, Unternehmen, nationale Gesundheitsinstitutionen und akademische Einrichtungen.</p>	<p>Botswana, Brazil, Cameroon (in Planung), Dominican Republic, Haiti, Jamaica (in Planung), Kenya, Malawi (in Planung), Peru, Puerto Rico, Rwanda (in Planung), South Africa, Tanzania (in Planung), Thailand, Uganda, Zambia (in Planung)</p>
<p>International Trachoma Initiative (ITI):</p> <p>Diese Partnerschaft, die 1998 gegründet wurde, unterstützt mit konkreten Projekten die Initiative der WHO GET 2020, die entzündliche Augenerkrankung Trachoma zu bekämpfen. Mitglieder sind vor allem US-amerikanische NGOs, Unternehmen und akademische Einrichtungen sowie die WHO und UNICEF.</p>	<p>Ethiopia, Ghana, Mali, Mauritania, Morocco, Nepal, Niger, Senegal, Sudan, Tanzania, Vietnam</p>

Kurzbeschreibung PPP	Projekte vor Ort in (beispielsweise)
<i>Typ B-Partnerschaften mit mittlerem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>African Rural Energy Enterprise Development (AREED):</p> <p>Diese Partnerschaft zwischen UNEP und der (non-profit) company E+Co (bestehend aus Unternehmern, Investoren, Strategiemanagern und Mediatoren) will „entrepreneurs“ beim „start up“ von Unternehmen unterstützen, die eine nachhaltige lokale Energieversorgung in ländlichen Gebieten Afrikas sichern sollen. Neben Beratung wird auch Startkapital zur Verfügung gestellt. Finanzielle Unterstützung kommt von der Rockefeller Foundation und der United Nations Foundation. Der <i>business-plan</i> des jeweiligen Projekts wird von einem <i>Committee</i> bewertet und später ggf. auch vom Geldgeber evaluiert.</p>	<p>Botswana, Ghana, Mali, Senegal, Tanzania, Zambia</p>
<p>International Alliance against Hunger (IAAH):</p> <p>In der noch nicht gegründeten PPP sollen Nahrungshersteller, Konsumenten, internationale Organisationen, Regierungen, Wissenschaft, NGOs und Privatpersonen zusammengebracht werden, um zu Fragen der Bekämpfung des Hungers zusammenzuarbeiten (Dialog- und Lernforum) und Aktionsprogramme zu starten. Die Gründung einer PPP gegen Hunger wurde zuerst beim Welternährungstag der FAO 2001 vom deutschen Bundespräsidenten, Johannes Rau, vorgeschlagen und danach von Jean Ziegler, VN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Ernährung, unterstützt. Nachdem die Idee bei den FAO Konferenzen (Generalkonferenz der FAO 2002 und Regionalkonferenzen im Jahre 2003) eingebracht und diskutiert worden war, stieß das Konzept auf breite Zustimmung bei den Mitgliedstaaten. Vorgesehen ist ein Berichtssystem, d.h. eine interne Evaluierung.</p>	
<p>Roll Back Malaria Global Partnership (RPS):</p> <p>Diese Partnerschaft unter dem Dach der WHO wurde 1998 als globaler Koordinierungsmechanismus gegründet, um die gemeinsamen Anstrengungen unterschiedlichster Akteure zur Bekämpfung von Malaria zu bündeln. Mitglieder sind die WHO, Weltbank, UNICEF, UNDP, USAID und Unternehmen (v.a. aus dem pharmazeutischen Bereich). RPS wurde 2002 von unabhängigen Experten evaluiert, woraufhin einige institutionelle und programmatische Anpassungen vorgenommen wurden.</p>	<p>Angola, Benin, Cameroun, Camerun, Chad, Congo DRC, E.Guina, Ethiopia, Ghana, Kenya, Liberia, Madagascar, Mali, Nigeria, Randa, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Uganda</p>
<i>Typ B-Partnerschaften mit niedrigem Institutionalierungsgrad</i>	
<p>Water and Sanitation Cluster of the Business Partners for Development bzw. Building Partnerships for Development (BPD):</p> <p>Diese Partnerschaft sieht sich selbst zum einen als „learning initiative“, führt zum anderen aber auch konkrete Pilotprojekte durch. Beteiligt sind u.a. die Weltbank, Vivendi und die NGO WaterAid. Im Rahmen des „Water for All“ programme wurden u.a. in Cartagena, Jakarta, Port-au-Prince, La Paz, El Alto, und Buenos Aires durch Ondeo/Suez bzw. Aguas Argentinas konkrete Projekte durchgeführt. Die angelegten Kriterien sind äußerst vage, eine Evaluierung fand nur intern statt.</p>	<p>Angola, Argentina, Bolivia, Haiti, Indonesia, Senegal, South Africa, Tanzania</p>